

Chronologische Aufstellung aller offenen Anträge st. 04/2016 bis lfd.			12.05.2022 11:04	Dezernent:	STVV
Drucksachennummer	Betreff/ Antrag/ Beschlüsse	FB	Stellungnahme des Fachbereiches	Entscheidung erledigt oder offen	02.06.2022
2016/0342	<p>Antrag der FWG-Fraktion: Wiederaktivierung des Beirates für Kinder und Jugendarbeit Vorlagen-Nr. 2016/0342</p> <p><u>Beratung STVV 25.05.2016</u>: Herr Wukasch nimmt Stellung zum Antrag seiner Fraktion. Der Jugend- und Sozialausschuss sollte sich hiermit befassen. Frau Seelbach sieht hier eine direkte Überweisung in den JSA. Wichtig ist, dass die Initiative von den Jugendlichen ausgeht. Herr Pfeifer erläutert, dass die SPD-Fraktion auch diese Vorgehensweise unterstützt.</p> <p><u>Beschluss STVV 25.05.2016, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß beschlossen.</p> <p><u>Beschluss Jugend- und Sozialausschuss, 13.09.2016, öffentlich</u>: Die Vorgehensweise wird zur Kenntnis genommen. Vorlagegemäß beschlossen:</p> <p><u>Beratung Jugend- und Sozialausschuss, 12.09.2017</u>: Herr Nix berichtet, dass Informationsschreiben an die Vereinsgemeinschaften, Schulen und Kirchen jetzt zeitnah verschickt werden. Eine erste Info-Veranstaltung ist für den 07.11.2017 geplant.</p> <p><u>Beschluss Jugend- und Sozialausschuss, 12.09.2017</u>: Ohne</p>	50	Der Antrag kann geschlossen werden. Die Bemühungen waren ergebnislos.	erledigt	
2016/0405 (2017/0612, 2019/0222)	<p>Antrag der FWG Fraktion zur Grünschnittsorgung</p> <p>Der Magistrat wird beauftragt, mit der Fa. Mohr, Erbstadt, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, das Nidderauer Bürger auch dort Ihren Grünschnitt kostenfrei abliefern können.</p> <p><u>Beschluss STVV 24.06.2016, öffentlich beschließend</u>: Vorlagegemäß beschlossen</p> <p>sh. <u>Beratung Umweltausschuss 13.10.2016</u>: ohne Beschluss</p> <p><u>Beschluss STVV 25.11.2016, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß en bloc beschlossen</p>	70	Dieser Antrag kann geschlossen werden, dem Antrag wird schon seit 2016 gefolgt die Nidderauer Bürger können Grünschnitt bei der Fa Mohr kostenfrei abgeben	erledigt	
2016/0408	<p>Antrag der FWG-Fraktion zur Einführung einer Bürgerfragestunde</p> <p>Die Stadt Nidderau bietet vor jeder Stadtverordnetenversammlung eine Bürgerfragestunde an. Der Magistrat wird ggf. zusammen mit dem Ältestenrat beauftragt, die genaueren Spielregeln festzulegen.</p> <p><u>Beratung STVV 24.06.2016</u>: Herr Wukasch nimmt Stellung zum Antrag seiner Fraktion. Stadtverordnetenvorsteher gibt zu bedenken, dass man sich bei einer Durchführung im Vorfeld zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung in längere Diskussionen verwickelt. Er schlägt alternativ vor, zweimal im Jahr eine Bürgerversammlung durchzuführen, jeweils im 1. Halbjahr und im 2. Halbjahr. Herr Wukasch versteht die Bedenken. Aufgrund der Erfahrung in anderen Städten hätten sich diese jedoch nicht bewahrheitet.</p> <p>Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt eine Überweisung in den HFA zur weiteren Befassung vor. <u>Beschluss STVV 24.06.2016, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß beschlossen.</p> <p><u>Beschluss Haupt- und Finanzausschuss 14.09.2016</u>: Die Beratung über den Antrag der FWG Fraktion wird an den Ältestenrat, mit der Empfehlung eine zweite Bürgerversammlung jährlich durchzuführen, verschoben.</p> <p><u>Beratung Ältestenrat 28.10.2016</u>: Herr Reibert führt kurz in die Thematik ein. Frau Wagner erläutert das Format der Bürgerversammlung der Stadt Maintal, dass in diesem erstmalig erfolgreich durchgeführt wurde. Es wird vorgeschlagen, anstelle einer aktuellen Bürgerfragestunde eine zweite Bürgerversammlung nach dem Maintaler Modell im Frühjahr 2017 anzubieten. Als Termin soll ein Samstagnachmittag gewählt werden. Die Funktionsträger sind mit Namensschildern auszustatten. Eine Ergebnisdokumentation soll durch einen „Protokolltisch“ der Verwaltung sichergestellt werden. Hier können Anregungen, Hinweise und Beschwerden direkt im Anregungs- und Ereignismanagementportal erfasst werden. Nach der Veranstaltung wird der Ältestenrat dazu ein Resümee ziehen und ggfs. über eine Anpassung beraten. <u>Beschluss Ältestenrat 28.10.2016</u>: Vorlagegemäß beschlossen.</p>	10	Die im Ältestenrat abgestimmte Alternative einer zweiten Bürgerversammlung mit dem Fokus auf einem direkten Austausch wurde bereits in den Jahren 2017-2019 erfolgreich umgesetzt. Pandemiebedingt fand diese in den Jahren 2020-2022 nicht statt, soll aber ab dem Jahr 2023 wieder erfolgen. Aus Sicht der Verwaltung kann der Antrag als erledigt erklärt werden, da die Umsetzung bereits erfolgt. 1.3.2022, Wagner	erledigt	

2016/0571	<p>Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Akteneinsichtsausschusses Hier: An- und Verkauf Grundstück in Eichen Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gemäß §50 Abs. 2 S. 2 HGO gebildet. Der Ausschuss besteht aus 10 Mitgliedern, die Ansetzung erfolgt nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Es soll Einsicht genommen werden in alle Akten und Unterlagen, welche den Vorgang des Grundstücksankaufs und -Verkaufs des „Dillmann-Geländes“ in Eichen betreffen. Der Magistrat hat den Ausschuss alle hierfür erforderlichen Akten und sonstigen Unterlagen in der ersten Ausschusssitzung vollständig und unaufgefordert vorzulegen. Der Ausschuss berichtet der Stadtverordnetenversammlung möglichst kurzfristig über das Ergebnis seiner Arbeit. <u>Beratung STVV 29.09.2016</u> Herr Warlich nimmt Stellung für die antragstellende Fraktion. Der Stadtverordnetenvorsteher greift in den Vortrag ein, als Herr Warlich beurteilende Äußerungen im Rahmen der Antragsbegründung vornimmt. Dem Struktur- und Bauausschuss soll die Funktion des Akteneinsichtsausschusses übertragen werden. <u>Beschluss STVV 29.09.2016, öffentlich beschließend:</u> Beratungsgemäß beschlossen <u>Beschluss STVV 30.03.2017, öffentlich beschließend:</u> Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Akteneinsichtsausschusses zur Kenntnis. 10.2 : <i>Müsste mit dem Abschlussbericht eigentlich erledigt sein...</i></p>	60	hat stattgefunden und ist abgeschlossen	erledigt	
2016/0572	<p>Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Akteneinsichtsausschusses Hier: Unvermutete Kassenprüfung/ Abschließende Beratung Bericht des Ausschusses Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gemäß §50 Abs. 2 S. 2 HGO gebildet. Der Ausschuss besteht aus 10 Mitgliedern, die Ansetzung erfolgt nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Es soll Einsicht genommen werden in alle Akten und Unterlagen, welche • die unvermutete Kassenprüfung am 1./2.12.2015 die Prüffeststellungen der unvermuteten Kassenprüfung und • die Information der Stadtverordneten betreffen. Der Magistrat hat den Ausschuss alle hierfür erforderlichen Akten und sonstigen Unterlagen in der ersten Ausschusssitzung vollständig und unaufgefordert vorzulegen. Der Ausschuss berichtet der Stadtverordnetenversammlung möglichst kurzfristig über das Ergebnis seiner Arbeit <u>Beratung STVV 29.09.2016:</u> Herr Frenzel nimmt Stellung für die antragstellende</p>	20		erledigt	
2016/0575	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Antrag „Ansiedlung eines Gastronomiebetriebes in Eichen“ Der Magistrat prüft und unterstützt die Ansiedlung eines weiteren Gastronomiebetriebs in Eichen. <u>Beratung STVV 29.09.2016:</u> Herr Pfeifer nimmt Stellung für die antragstellenden Fraktionen. Herr Wukasch erkundigt sich, was die Formulierung „unterstützt“ im Detail meint. Er sieht hierin keine Aufgabe des Magistrats. Seine Fraktion wird den Antrag ablehnen. Herr Bär stellt klar, dass es nicht darum geht eine „Staatskneipe“ einzurichten. Es wäre aber z. B. möglich Kontakt mit Brauereien aufzunehmen. Auch gezielte Ansprachen und zur Verfügung stellen von geeigneten Räumlichkeiten könnten zielführend sein. Die Prüfung soll ergebnisoffen erfolgen. <u>Beschluss STVV 29.09.2016, öffentlich beschließend:</u> Beratungsgemäß beschlossen</p>	10	In der Vergangenheit wurde erfolglos der Versuch unternommen, eine Bewirtung in der Nidderhalle Eichen anzubieten. Eventuell ergeben sich im Rahmen des "Runden Tisches" zum alten Feuerwehrgerätehaus Eichen Ideen oder Ansatzpunkte für ein gastronomisches Angebot. Aus Sicht der Verwaltung kann der Antrag damit als erledigt erklärt werden. 3.3.22 Tanja Woltz	erledigt	

2016/0576	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Antrag „Zustand des Ostheimer Bahnhofs“</p> <p>Der Magistrat wird beauftragt, sich wegen des Ostheimer Bahnhofsgebäudes unter Beifügung einer Zustandsbeschreibung (Fotos) erneut mit Nachdruck an die Untere Denkmalschutzbehörde und darüber hinaus an alle zuständigen Behörden zu wenden, mit der Aufforderung, den Bahnhofseigentümer zu umgehenden zielführenden Maßnahmen gem. § 11 Hess. Denkmalschutzgesetz zu verpflichten. Als sofort notwendige und unaufschiebbare bauliche Maßnahme ist zunächst mindestens die Dachhaut zu schließen!</p> <p><u>Beschluss STVV 29.09.2016, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß beschlossen</p> <p><u>Beschluss Struktur- und Bauausschuss 16.01.2017</u>: Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.</p>	70	<p>Die Denkmalschutzbehörde wurde mehrmals in den vergangenen Jahren aufgefordert mit dem Eigentümer in Kontakt zu treten und um eine Verbesserung des Zustandes bzw den Erhalt des Gebäudes einzufordern. Die Verwaltung hat schon Meldungen eines Fahrgastes weitergeleitet, der Ängste hat, dass Ziegel auf Fahrgäste runterfallen. Die Verwaltung steht kurz davor das Bahnhofsgelände um das Gebäude von der DB zu erwerben und dann mit Landesmitteln umzubauen in einen mobilitätsgerechten P&R, B&R sowie Buswendepunkt samt Haltestellen. Auch für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes benötigt man eine Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde, auch diese Stellungnahme wurde schon mehrfach angemahnt. 14.03.2022KA</p>	erledigt	
2016/0577	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Antrag „Fußgängerweg in Windecken „ Alte B45“</p> <p><u>Beschluss STVV 29.09.2016, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß beschlossen</p> <p><u>Beratung StruBauA 14.11.2016</u>: Im Zuge Beratung und Erörterung der vorliegenden Sitzungsthematik erfolgt der Hinweis, dass sich die Verwaltung gemäß vorliegendem Stadtverordnetenbeschluss mit der Thematik inhaltlich auseinandergesetzt und einen Sachstandsbericht zur weiteren Erörterung vorgelegt hat. Es wird im Zuge der Ausschussdiskussion festgestellt, dass die Brückensanierung durch Hessen Mobil einen guten Anlass bietet, in diesem Entwicklungsbereich einen Fußweg zu realisieren. Die weitere Diskussion im Ausschuss verdeutlicht, dass sich die Mehrheit der Ausschussteilnehmer dieser Auffassung anschließen.</p> <p><u>Beschluss Struktur- und Bauausschuss 14.11.2016</u>: Vorlagegemäß beschlossen.</p> <p><u>Anmerkung</u>: <i>Der Fußweg ist gebaut.</i></p>	40		erledigt	
2016/0580 2017/0066 AT-19/2021 (Erweiterung)	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD: Photovoltaikanlagen auf/an städtischen Gebäuden/Freiflächen</p> <p>Photovoltaikanlagen auf/an städtischen Gebäuden/ Freiflächen</p> <p>Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Dachflächen städtischer Gebäude oder die Freiflächen an/in städtischem Eigentum, wie z.B. der Kläranlage Windecken, des Rathauses oder der Sportplätze, für Photovoltaikanlagen geeignet sind. Dabei ist auch ggf. zu klären, ob es günstiger wäre, den erzeugten Strom selbst zu verbrauchen oder die Flächen an eine Bürgersolarinitiative zu vermieten.</p>	60 + 40		erledigt	

	<p><u>Beratung STVV 29.09.2016</u> Herr Jung nimmt Stellung für die antragstellenden Fraktionen. Herr Wukasch erläutert, dass die gewünschte Untersuchung bereits vor drei Jahren stattgefunden hat. Es wurden aufgrund der Ergebnisse auch bereits Maßnahmen umgesetzt, wie z. B. die Willi Salzmann-Halle, die Kita Windecken und das Schwimmbad. Man sollte diese Untersuchung erst einmal im Rathaus einsehen. Frau Seelbach entgegnet, dass die Untersuchung drei Jahre alt ist und es zwischenzeitlich neue Erkenntnisse geben kann. Der Antrag bezieht sich nicht nur auf Gebäude sondern auch auf Freiflächen. <u>Beschluss STVV 29.09.2016, öffentlich beschließend:</u> Beratungsgemäß beschlossen <u>Beschluss STVV 25.11.2016, öffentlich beschließend:</u> Beratungsgemäß en bloc beschlossen</p>	FB 70	<p>In Kooperation mit der Firma Pro Sun wurden folgende kommunale Gebäude seit 2020 mit PV Anlagen ausgestattet. Im Rahmen des Projektes wurden PV Anlagen auf 10 kommunalen Gebäuden installiert. 1 FFH Nidderau-Ostheim, 2 Kita Maria-Merian Nidderau-Ostheim, 3 Kita Seife Nidderau-Ostheim, 4 Bürgerhaus Nidderau-Ostheim, 5 Mehrzweckhalle Nidderau Erbstadt, 6 Bürgerhaussaal hessischer Hof Nidderau-Heldenbergen, 7 Kita Allee Mitte Nidderau-Heldenbergen, 8 FFH Nidderau-Windecken, 9 Nidderhalle Nidderau- Eichen, Die installierten PV Anlagen sind auf 20 Jahre gemietet und der entstehende Strom kann durch das Zahlen eines monatlichen Entgeltes durch die kommunalen Gebäude genutzt werden. Nicht genutzter Strom wird in das Stromnetz eingespeist und EEG vergütet. Die Gesamtleistung aller Anlagen beträgt 190 kWp, und es ist von einem CO2 Einsparpotential von 120.000kg/ Jahr auszugehen. Die PV Anlage auf dem Rathaus ist gemeinsam mit Umbauplanungen zum Rathaus in der Planungsphase. 14.03.2022 CP.</p> <p>Alle weiteren Neubauten müssen zukünftig auf Eignung und Umsetzung von PV geprüft werden! RV</p>	erledigt	
	<p><u>Beschluss STVV 30.09.2021:</u> In Erweiterung des Antrages „Photovoltaikanlagen auf/an städtischen Gebäuden/Freiflächen - Vorlagen-Nr. 2016/0580“ wird der Magistrat gebeten, weitere Standorte für die Installation von Photovoltaikanlagen zu prüfen. Synergien wie Beschattung, Lärm – und Sichtschutz sollen möglichst genutzt werden.</p>	FB 70	<p>Es ist angedacht in zukünftigen Verwaltungsprozess einzubauen, dass der FD Klimaschutz soweit möglich alle Gremienvorlagen auf Klimaschutzrelevanz prüft, hierunter fällt u.a. auch der Prüfungsschritt, ob die Installation einer PV Lösung möglich ist. Der Antrag kann geschlossen werden. 14.03.2022 KA</p>	erledigt	
2016/0644	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: „W-Lan Hotspots in Bürgerhäusern“ <u>Antrag:</u> Der Magistrat prüft die Bereitstellung kostenlos zugänglicher W-Lan Hotspots in den Nidderauer Bürgerhäusern hinsichtlich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt sowie der zu beachtenden rechtlichen Bedingungen (z.B. hinsichtlich "Störerhaftung"). Dabei sind Erfahrungen anderer Kommunen einzubeziehen. <u>Beratung STVV 30.03.2017:</u> Abstimmung en bloc Beratung Haupt- und Finanzausschuss 17./18.01.2017: Die Sachstandsmeldung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. <u>Beratung STVV 30.03.2017:</u> Abstimmung en bloc</p>	10	<p>Die Umsetzung im Rahmen des Förderprogramms "Digitale Dorflinde" erfolgt derzeit. Mit der Fertigstellung ist bis spätestens 30.9.2022 zu rechnen. Der Antrag kann aus Sicht der Verwaltung damit als erledigt erklärt werden. 1.3.2022, Wagner</p>	erledigt	

2016/0717	<p>Antrag der CDU Fraktion: Einführung einer „Asylothek“ in Nidderau Die Stadt Nidderau ist mittlerweile der Zufluchtsort vieler Menschen aus der ganzen Welt geworden. Da die Integration der Geflüchteten ein zentrales Thema darstellt, das beim Spracherwerb beginnt, stellt die CDU-Fraktion den Antrag, von städtischer Seite aus die Möglichkeiten zu überprüfen, sich dem Projekt der „Asylothek“ anzuschließen. <u>Beratung STVV 25.11.2016</u> Herr Erster Stadtrat Vogel berichtet, dass bereits eine gut sortierte Ausstattung in der Asylbewerberunterkunft in der Liebigstraße vorhanden ist. Es fehlt nur noch an englischer Literatur, die ergänzend angeschafft werden kann. Frau Deckenbach nimmt Stellung zum Antrag ihrer Fraktion. Herr Bär erläutert, warum seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann. Es handelt sich aus seiner Sicht nicht um eine kommunale Aufgabe. Er schlägt vor, den Antrag in den Jugend- und Sozialausschuss zu verweisen, um gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Helferkreis Asyl, dem Fachbereich Soziales sowie der Stadtbücherei über Ideen und Vorstellungen der Umsetzung zu diskutieren. Herr Frenzel kann sich einer Verweisung anschließen und begrüßt die gemeinsame Befassung. <u>Beschluss STVV 25.11.2016</u>, öffentlich beschließend: Beratungsgemäß beschlossen, den Antrag in den Jugend- und Sozialausschuss zu verweisen.</p>	50	Cafe Asyl der Flühi im Blauhaus bedient im Prinzip diesen Antrag	erledigt	
2016/0718	<p>Antrag der CDU Fraktion: Begehung der Turnhalle Eichen Die Mitglieder der CDU-Fraktion begehnen die Turnhalle Eichen innen und außen und machen sich ein Bild über den baulichen und betrieblichen Zustand. <u>Beratung STVV 25.11.2016</u>: Herr Warlich nimmt Stellung zum Antrag seiner Fraktion. Herr Brück hinterfragt das Ansinnen des Antrags, da die Stadtverordnetenversammlung der CDU Fraktion nicht den Zutritt zum Gebäude verschaffen kann. Gebäudeeigentümer ist der Main-Kinzig Kreis, der für eine Besichtigung angefragt werden kann. Andererseits könnte eine Besichtigung auch für andere Gremienmitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger von Interesse sein. Er beantragt, den Antrag in den Struktur- und Bauausschuss zu verweisen, um den Personenkreis festzulegen. Herr Wukasch sieht einen Antrag an den Magistrat, eine Besichtigung unter Beteiligung des Gebäudemanagements und des MKK in einem gemeinsamen Termin zu organisieren, als zielführender. Frau Seelbach schließt sich der Auffassung von Herrn Wukasch an. Herr Frenzel kann sich dem Vorgesagten anschließen. Wichtig ist ihm nur, dass der Termin stattfindet. Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt als Termin einen Samstag vor, damit viele Interessierte an der Besichtigung teilnehmen können. Man verständigt sich auf die vorgenannte Verfahrensweise. Somit ist eine Abstimmung entbehrlich. <u>Beschluss STVV 25.11.2016</u>, öffentlich beschließend: Beratungsgemäß beschlossen</p>	60	<p>Eine Besichtigung der Sporthalle Eichen mit Vertretern des MKK, Stadtverordnetenversammlung, Magistrat, OBR Eichen, Vorstände Eicher Vereine bzw. Hallennutzern hat am 10.02.2017 gemäß STVO-Beschluss statgefunden. (Br)</p>	erledigt	

2017/0047	<p>Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen „Kapazitätserhöhung der Niddertalbahn im Berufsverkehr“</p> <p>Der Magistrat wird beauftragt gemeinsam mit den Kommunen Schöneck, Niederdorfelden und Bad Vilbel eine Kapazitätserhöhung für die Niddertalbahn im morgendlichen Berufsverkehr zum Fahrplanwechsel 2017/2018 (Dezember 2017) voran zu treiben. Es geht um die Verbindungen Richtung Frankfurt Hbf mit den aktuellen Abfahrtszeiten 6:29 Uhr bzw. 7:32 Uhr ab Nidderau-Heldenbergen. Für beide Verbindungen sind zukünftig fünf Doppelstockwagen einzusetzen, wie es bereits um 7:00 Uhr der Fall ist. Als Finanzierung ist vorzugsweise die erhöhte Finanzausstattung der Landes Hessen für den RMV nachzufragen und im Anschluss daran ggf. zu ermitteln, welcher Betrag für die Kommunen noch zu übernehmen wäre.</p> <p><u>Beratung STVV 27.01.2017</u> Herr Brück erläutert den Antrag für die antragstellenden Fraktionen. Herr Wukasch erklärt für die Fraktion, dass sie den Antrag grundsätzlich unterstützen. Allerdings möchte die FWG Fraktion auf 2 Dinge hinweisen: 1) Grundsätzlich einzubeziehen ist der AGNV. Die Leute dort haben das Fachwissen. 2) Die Wagen, die morgens die Züge erweitern sollen, müssen auch abends an den morgendlichen Abfahrtsort gebracht werden. Das heißt, wir sprechen nicht nur von 2 Erweiterungskapazitäten morgens, sondern insgesamt von 4 Kapazitätserweiterungen. Die finanziellen Auswirkungen sind als ggf. recht heftig, auch wenn das Land Förderungen in Aussicht stellt. Die FWG Fraktion fordert auf, den Antrag so abzuändern, dass der Magistrat sich dafür einsetzt, gemeinsam mit der AGNV die Möglichkeiten und finanziellen Auswirkungen einer Kapazitätserhöhung unter Einbeziehung der Landesförderung auszuloten und dem Parlament vorzutragen. Die Änderungsvorschläge werden übernommen.</p> <p><u>Beratung STVV 27.01.2017, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß beschlossen. <u>Beratung Umweltausschuss 04.05.2017</u>: Zu dem Punkt erfolgte keine weitergehende Beratung, der angehängte Schriftverkehr wurde zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung betonte, dass es schon ein kleiner Erfolg der Resolution darstellen, dass der RMV technische Lösungen prüft.</p>	70	<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden.</p> <p>Die Stadt Nidderau ist Geschäftsstelle der AGNV. Alle Mitgliedsgemeinden der AGNV setzen sich seit Jahren unermüdlich dafür ein, dass die Kapazitäten der Niddertalbahn erhöht werden und dass diese Bahnstrecke für die zukünftigen Herausforderungen im ÖPNV optimiert wird. Die AGNV Kommunen haben erreicht, dass eine Machbarkeitsstudie zu dieser Bahnstrecke durchgeführt wurde, die Machbarkeitsstudie hat ergeben, dass man die Niddertalbahn elektrifizieren kann. Das Großprojekt "Elektrifizierung und Modernisierung der Niddertalbahn" soll noch vor der Sommerpause 2022 den Fachausschüssen aller Mitgliederkommunen von der DB und dem Land Hessen vorgestellt werden. Die Veranstaltung wird in Nidderau stattfinden, zu dieser Veranstaltung wird als Nidderauer Fachgremium der SIK Ausschuss geladen. 14.03.2022</p>	erledigt	
2017/0193	<p>Antrag der FWG Fraktion Ausbau Straße Heldenbergen - Okarben</p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Den Stadtverordneten sollen die Ausbaupläne der Straße von Heldenbergen nach Okarben offengelegt werden.</p> <p>Beratung STVV 30.03.2017: Herr Wukasch erläutert für die antragstellende Fraktion. Verweis in den Struktur- und Bauausschuss.</p> <p><u>Beschluss STVV 30.03.2017, öffentlich beschließend</u>: Beratungsgemäß beschlossen</p>	60	<p>Straße ist ja mittlerweile gebaut. :), 11. Mai 2022</p>	erledigt	

<p>2017/0291 (2018/0110 Sachstandsbericht wurde zur Kts. genommen)</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen: Pflegeextensive Blümmischungen auf städtischen Grünflächen Der Magistrat wird gebeten, an geeigneten Stellen pflege- und kostenintensive Neupflanzungen in und auf städtischen Grünflächen/Pflanzinseln in Zukunft durch pflegeextensive, kostengünstige Blümmischungen zu ersetzen. Es ist darauf zu achten, dass sich die Blümmischungen harmonisch in das Stadtbild einfügen. <u>Beratung STVV 19.05.2017:</u> Herr Rippen nimmt Stellung zum Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wukasch erläutert, dass der Beschluss schon seit ca. 4-5 Jahren besteht. Die Umsetzung ist zwischenzeitlich evtl. wieder „eingeschlafen“. Eine Beschlussfassung sei aus seiner Sicht deshalb überflüssig. Dem Stadtverordnetenvorsteher ist der Antrag aus der Vergangenheit nicht bekannt. Er lässt über die Erneuerung des Antrags abstimmen. Beschluss STVV 19.05.2017, öffentlich beschließend: Vorlagegemäß beschlossen <u>Beratung Umweltausschuss 06.11.2017:</u> Die Verwaltung berichtet, dass der FB 70 gemeinsam mit dem Leiter der Grünkolonne des Bauhofes einen Pflegeplan für die Umsetzung des obenstehenden Antrages erstellt hat. Es wird aus dem Ausschuss angeregt, dass die abgeblühten Flächen, wo der Distelaufwuchs sehr dominant vorkommt, nach dem Verblühen abgemäht wird um der Verbreitung der Distel Einhalt zu gewähren. Beschluss Umweltausschuss 06.11.2017: ohne</p>	<p>70</p>	<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden, die Verwaltung hat in den vergangenen zwei Jahren sukzessive immer mehr größere und kleinere Flächen in extensive Blühflächen umgewandelt, jüngstes und vorbildliches Beispiel ist der Rathauskreisel und die Grünflächen rund um die Rathaus Bürgerparkplätze. Hier wurde in Zusammenarbeit mit dem Blühpaten des MKK, dem Landschaftspflegverband, dem Bauhof und dem FD Umweltschutz ein sehr gutes Beispiel geschaffen, wie es für eine innerstädtische Fläche gelingen kann die Biodiversität zu steigern und Pflegeintensität langfristig zu mindern. Der FD Umweltschutz wird auch weiterhin nach Flächen im Stadtgebiet suchen, die in Blühflächen umgewandelt werden können 14.03.2022 KA</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2017/0293</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen: Mehrwegbecher für Kaffee-To-Go Der Magistrat wird gebeten, die Einberufung eines Runden Tisches mit den Gewerbetreibenden aus Handel und Gastronomie, Schulen und interessierten Bürgern in Nidderau zu prüfen, um das Aufkommen von Einweg-Pappbechern im Stadtgebiet und den Konsummüll insgesamt im Stadtgebiet zu reduzieren. Der Magistrat wird gebeten, hierfür gezielt an die betreffenden Gewerbetreibenden heranzutreten, um das Interesse abzufragen und zu wecken. <u>Beschluss STVV 19.05.2017, öffentlich beschließend:</u> Vorlagegemäß beschlossen. <u>Beratung Umweltausschuss 06.11.2017:</u> Stadtrat Vogel berichtet, dass dieser Antrag in dem Fair-Trade-Town – Prozess integriert werden soll. Die Steuerungsgruppe wird im Zuge des Prozesses mit Firmen in Kontakt treten, die Kaffee to go – Angebote haben, um diese auf den Verkauf von Fair Trade Produkten anzusprechen. Hier können Synergieeffekte genutzt und auch das Thema Mehrwegbecher aufgegriffen werden. Beschluss Umweltausschuss 06.11.2017: ohne</p>	<p>70</p>	<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden. Nidderau war einer der Pilotkommunen für dieses Projekt. Und Nidderau ist es gelungen mit viel Engagement mehrere Bäckerei und Eissaloninhaber für dieses Projekt zu begeistern. Die teilnehmenden Gewerbebetriebe haben vorbildlich geholfen den Becher zu bewerben. Leider hat mittlerweile der MKK signalisiert, dass er das Projekt aufgrund des großen Aufwands und den damit verbundenen Kosten nicht mehr weiter tragen kann. Es wurden den Kommunen vom zuständigen Fachamt folgendes mitgeteilt:....."die Kombination aus Pfandmarke und Becher hat sich als nicht zielführend erwiesen. Hinzu kommt, dass aktuelle Studien bescheinigen, dass aufgrund des hohen logistischen Aufwandes der Umweltbeitrag auf der Strecke bleibt. Zielführender erweisen sich eigene Verkaufs-/Pfandsysteme der Betreiber verbunden mit einem Obolus für den eingesparten Einwegbecher. In diesen Studien wird auch deutlich, dass ein solches Pfandbechersystem selbst bei Einführung einer Systemgebühr sich nicht trägt und einer dauerhaften hohen Subventionierung bedarf.....". Der FB 70 übelegt weiterhin mit den anderen FBs im Rathaus wie bei größeren und kleineren Festen oder Märkten die Entstehung von to go Verpackungen zu reduzieren, ein Weg könnte sein , anlässlich des Stadtjubiläums eine größere Anzahl (3.000 - 5.000) an Mehrwegbechern auszuleihen, die dann ungespült gestapelt und um nach dem Fest in</p>	<p>erledigt</p>	

2017/0360	<p>Antrag der SPD Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen Tempo 30 im Stadtgebiet Der Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde wird gebeten, zur Verbesserung des Lärm- und Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung der Lebensqualität in Abstimmung mit den zuständigen Verkehrsbehörden im gesamten Stadtgebiet die Einführung von Tempo 30 Geschwindigkeitsbegrenzungen beziehungsweise Tempo 30-Zonen zu prüfen.</p> <p><u>Beratung STVV 29.06.2017:</u> Herr Rippen nimmt Stellung für die antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Herr Lauer verweist auf die klare Rechtsprechung. Das Ergebnis der Prüfung ist im Vorfeld bereits vorgegeben. Sofern sich die Rechtsprechung ändert, kann man den Antrag immer noch aufnehmen. Frau Abel stellt vor dem Hintergrund, dass sich die Stadtverordnetenversammlung bereits 1992 mit diesem Thema befasst und beschlossen</p> <p>5. Die bisher bestehenden Tempo-30-Zonen bleiben hinsichtlich der unter 2. geforderten Vorfahrtstraßenplanung unangetastet bestehen und sind in die Planung miteinzubeziehen. Herr Bär schlägt vor, den Gesamtantrag einschließlich der im Änderungsantrag aufgerufenen Diskussionspunkten in den Struktur- und Bauausschuss zu verweisen.</p> <p><u>Beschluss STVV 29.06.2017, öffentlich beschließend:</u> Der Antrag wird einschließlich der im Änderungsantrag aufgerufenen Diskussionspunkten in den Struktur- und Bauausschuss verwiesen.</p>	30		erledigt	
2017/0531	<p>Antrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen „Errichtung einer Lichtsignalanlage („Ampel“) an der Kreuzung B45/K246 (Auffahrt Karben)“ Der Magistrat wird gebeten, sich bei der verantwortlichen Stelle Hessen Mobil für die Errichtung einer Lichtsignalanlage („Ampel“) an der Kreuzung B45/K246 (Auffahrt Karben) einzusetzen.</p> <p><u>Beschluss STVV 28.09.2017, öffentlich beschließend:</u> Der Magistrat wird gebeten, sich bei der verantwortlichen Stelle Hessen Mobil für die Errichtung einer Lichtsignalanlage („Ampel“) an der Kreuzung B45/K246 (Auffahrt Karben) sowie an der Auffahrt Allee Süd einzusetzen.</p>	30	Abgeschlossen, Ampel wurde umgesetzt. Dazu gab es Stellungnahmen über das das damalige Gremienprogramm.	erledigt	
2017/0732 Mitteilungs v.	Antrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen „Errichtung einer Lichtsignalanlage („Ampel“) an der Kreuzung B45/K246 (Auffahrt Karben)“ - mit dem Ergänzungsantrag der FWG - In Bezug auf Antrag 2017/0531	30	Abgeschlossen, Ampel wurde umgesetzt. Dazu gab es Stellungnahmen über das das damalige Gremienprogramm.	erledigt	
2017/0659 (2018/0115, 2018/0118)	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen Förderung Elektromobilität Der Magistrat wird gebeten, weitere Möglichkeiten zur Förderung der Elektromobilität in Nidderau zu prüfen. Dazu sollen neben anderen Möglichkeiten auch die folgenden zwei Beispiele geprüft werden, die bereits in anderen Kommunen umgesetzt wurden:</p> <p>1. Bei Ersatzbeschaffungen im Fahrzeugbereich soll zukünftig geprüft werden ob im Rahmen eines Carsharing Modells Möglichkeiten bestehen Elektrofahrzeuge einzusetzen. Dazu wird ein Anbieter gesucht, der ein E-Fahrzeug zur Verfügung stellt. Die Stadt nutzt dieses Fahrzeug zu den für die Verwaltung benötigten Zeiten. In den übrigen Zeiten steht das Fahrzeug Nidderauer Bürgern zur entgeltlichen Nutzung zur Verfügung.</p> <p>2. Für den Bauhof ist bei Neuanschaffungen im Fahrzeugbereich zu prüfen ob alternative Antriebe, wie Elektro- oder Hybridantrieb angeschafft werden können. Die Zuschussmöglichkeiten für die obigen Beispiele sowie zur allgemeinen Förderung der Elektromobilität sind zu prüfen und dem HFA vorzulegen.</p> <p><u>Beschluss STVV 30.11.2017, öffentlich beschließend:</u> Beratungsgemäß beschlossen.</p>	FB 70	Das Boten fahrzeug wurde als E Auto geleast und eine entsprechende Wallbox am Rathaus installiert. Das E-Carsharing wird weiter mit Finanzieller Unterstützung der Stadt am Rathaus angeboten. Es ist angedacht im Verwaltungsprozess zukünftig einzubauen, dass der FD Klimaschutz alle Gremienvorlagen auf Klimaschutzrelevanz prüft, hierunter fällt u.a. auch der Prüfungsschritt, ob alternativ die Anschaffung eines Elektroautos möglich ist. Mit Neubesetzung des FD Klimaschutz werden regelmäßig Förderkulissen und Förderideen zur Förderung von Elektromobilität geprüft und an die entsprechenden FDs und FBs weiterempfohlen.14.03.2022 KA Bei der Beschaffung von Fahrzeugen wird regelmäßig die Nutzbarkeit von E Mobilität geprüft	erledigt	

<p>2018/0153 (sh. auch anliegende Rückmeldungen)</p>	<p>Antrag der CDU-Fraktion Ausweisung von Baugebieten im Stadtteil Erbstadt Die CDU-Fraktion beantragt die Ausweisung von nachfolgenden zwei Baugebieten im Stadtteil Erbstadt: Baugebiet 1: Angrenzend an die bestehende Wohnbebauung „Am Hainberg“, und zwar in Richtung Eichen Baugebiet 2: Bei der Kläranlage, gegenüber der ehemaligen Wertstoffsammelstelle Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Planungs- und Verfahrensschritte einzuleiten. <u>Beratung STVV 16.03.2018:</u> Herr Frenzel begründet den Antrag für die CDU-Fraktion. Herr Brück steht dem Antrag grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, allerdings gibt die Bauleitplanung diese Entwicklung nicht her. Der Flächennutzungsplan ist festgeschrieben. Bei der Fortschreibung des FNP kann aus Seiten der Stadt auf Änderungen hingewiesen werden. Die Einschränkungen auf zwei konkrete Gebiete ist jedoch nicht zielführend, da der Träger der Bauleitplanung möglicherweise eine Erweiterung an anderer Stelle als geeigneter sieht. Dann liefere die Beschlussfassung der STVV ins Leere. Er stellt deshalb den folgenden Änderungsantrag: „Der Magistrat wird beauftragt, im Zuge der derzeit vom Regionalverband vorbereiteten Überarbeitung des Flächennutzungsplanes, sich nachhaltig dafür einzusetzen, dass im Stadtteil Erbstadt zusätzliche bebaubare Flächen ausgewiesen werden. Bei der Neuausweisung ist der Wahrung der Verhältnismäßigkeit in Bezug zur aktuellen Einwohnerzahl und unter Berücksichtigung des Charakters des Stadtteils Rechnung zu tragen.“ Herr Frenzel kann sich dem Änderungsantrag anschließen. Der Bürgermeister ergänzt, dass der RegFNP 45 ha Erweiterungsfläche für gesamt Nidderau vorsieht, auf Erbstadt entfallen 3,5 ha. Für den Doppelhaushalt 2019/20 könnte man sich hier heranwagen. Bei der Fortschreibung können im nächsten Schritt zusätzliche Erweiterungen folgen. Es gibt aber bereits Flächen und man muss nur entscheiden, wann man diese angehen möchte. Für weitere Festlegungen könnten Ausschussberatungen hilfreich sein. Der Vorsteher lässt über Änderungsantrag abstimmen. Beschluss STVV 16.03.2018, öffentlich beschließend: <i>Beratungsgemäß beschlossen</i></p>	<p>60</p>	<p>Bei der Fortschreibung des regionalen Flächennutzungsplanes wurden weitere Gebiete in Erbstadt für die Wohnbebauung ausgewiesen</p>	<p>erledigt</p>	
	<p><u>Beratung StruBauA 09.04.2018:</u> Der Ausschussvorsitzende Herr Brück sowie Herr Bürgermeister Schultheiß erläutern anhand des zur Verfügung gestellten Aktenvermerkes von Herrn Schomburg, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauwesen, vom 29.03.2018 die Entwicklungsmöglichkeiten zur Ausweisung von Baugebieten im Stadtteil Erbstadt. Nach kurzer Erörterung der vorliegenden Thematik wird vom Ausschussvorsitzenden <u>folgender Beschlussvorschlag formuliert:</u> In Kenntnis der in Erbstadt noch verfügbaren Entwicklungspotenziale mit ca. 33.500 m² ist der Struktur- und Bauausschuss der Auffassung, dass der mittelfristige Bedarf bereits im rechtskräftigen Regionalen Flächennutzungsplan abgebildet ist. Über diese Flächen hinaus wird zu gegebener Zeit überlegt werden, ob ein weiterer zusätzlicher Bedarf für Erbstadt besteht. Voraussetzung ist, dass die regionalplanerischen Entwicklungsvorgaben zur Fortschreibung des Regionalen Flächennutzungsplanes erarbeitet und bekannt gemacht sind. <u>Beschluss Struktur- und Bauausschuss 09.04.2018:</u> Einstimmig</p>	<p>60</p>	<p>siehe oben</p>	<p>erledigt</p>	

2018/154	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Grüne Pfeile“ im Nidderauer Stadtgebiet</p> <p><u>Antrag:</u> Der Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde wird gebeten, zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur Reduzierung der Lärmbelastung in Abstimmung mit den zuständigen Verkehrsbehörden im gesamten Stadtgebiet an allen Kreuzungsbereichen mit Lichtzeichenanlagen die Einführung eines „Grünen Pfeils“ zu prüfen. Über die Ergebnisse wird dem Struktur- und Bauausschuss berichtet.</p> <p><u>Beschluss STVV 16.03.2018, öffentlich beschließend:</u> Vorlagegemäß beschlossen</p> <p><u>Beschluss Struktur- und Bauausschuss 03.09.2018:</u> Die weitere Behandlung des gemeinsamen Antrags der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Grüne Pfeile“ im Nidderauer Stadtgebiet wird auf Antrag von Frau Seelbach (Bündnis 90/ Die Grünen) zur weiteren fraktionsinternen Beratung zurückgestellt und zu einem späteren Zeitpunkt wieder behandelt.</p>	30	Antrag wurde über das Gremienprogramm beantwortet. Es gibt keine Möglichkeit in Nidderau mit einem Grünen Pfeil zu arbeiten, weil es extra Abbiegespuren geben müsste.	erledigt	
2018/0245 (2018/0324)	<p>Antrag der CDU-Fraktion Abgabe von - mit dem „grünen Punkt“ gekennzeichneten Verpackungsabfall am Wertstoffhof</p> <p>Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, dass zusätzlich zu der monatlichen Leerung der gelben Tonne bzw. Abholung der gelben Säcke die Möglichkeit geschaffen wird, im Wertstoffhof Verpackungsabfälle mit dem grünen Punkt (also gelbe Säcke) abgeben zu können.</p> <p><u>Beschluss STVV 26.04.2018 öffentlich beschließend:</u> Der Antrag wird in den Umweltausschuss verwiesen.</p>	70	<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden. Es gibt in Nidderau kaum Bürger, die sich darüber beschweren, dass der Rhythmus der Entsorgung des Gelben Sackes nicht ausreichend wäre. Daraus folgert die Verwaltung, dass das Abholsystem vor der Haustüre im Mischsystem gelbe Tonne und gelber Sack für die Mehrheit der Nidderauer Bürger zufriedenstellend ist. Zudem muss seitens der Politik und Gesellschaft erreicht werden Verpackungsabfälle langfristig zu reduzieren. Die Möglichkeit eine Gelbe Sack Annahme auf dem Wertstoffhof anzubieten ist aus Kapazitäts- und Nachhaltigkeitsgründen nicht empfehlenswert. Es steigert unnötig das Aufkommen des Individualverkehrs an der WSS. Säcke, die bei der Abholung vor der Haustüre aus offensichtlichen Gründen des Fehleinwurfs nicht mitgenommen wurden, werden dann im 2. Versuch ohne Nachsortierung zur WSS gebracht. Die Mitarbeiter der WSS müssen dann unnötige Konfliktgespräche führen, warum der fehbefüllte Sack so nicht angenommen werden kann. 14.03 2022 KA</p>	erledigt	
2018/0247	Antrag der FWG -Fraktion Prüfung Einrichtung einer "Zentralen Vergabestelle"	10	<p>Das zentrale Vergabezentrum Bad Vilbel wurde zum 1.9.2021 in Betrieb genommen. Die Stadt Nidderau wickelt aufgrund der zunächst nicht ausreichenden Personalausstattung in Bad Vilbel seit dem 1.1.2022 die Vergaben lt. ÖR-Vereinbarung über das Vergabezentrum ab.</p> <p>Der Antrag ist damit aus Sicht der Verwaltung durch Umsetzung erledigt. 1.3.2022, Wagner</p>	erledigt	

218/0324	<p>Antrag der CDU-Fraktion vom 12.04.2018: Abgabe von mit dem "grünen Punkt" gekennzeichnetem Verpackungsabfall am Wertstoffhof Beratung Umweltausschuss 07.06.2018: Es wird kurz über die Gründe diskutiert, warum eine Annahme nicht derzeit nicht realisierbar ist. Aufgrund der Diskussion wurde der Antrag bzw. Beschlussvorschlag wie folgt modifiziert: Beschluss Umweltausschuss 07.06.2018: Sobald die Voraussetzungen für eine Abgabe von mit dem "grünen Punkt" gekennzeichnetem Verpackungsabfall am Wertstoffhof geschaffen sind, soll eine Abgabe ermöglicht werden.</p>	70	<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden. Es gibt in Nidderau kaum Bürger, die sich darüber beschweren, dass der Rhythmus der Entsorgung des Gelben Sackes nicht ausreichend wäre. Daraus folgert die Verwaltung, dass das Abholssystem vor der Haustüre im Mischsystem gelbe Tonne und gelber Sack für die Mehrheit der Nidderauer Bürger zufriedenstellen ist. Zudem muss seitens der Politik und Gesellschaft erreicht werden Verpackungsabfälle langfristig zu reduzieren. Die Möglichkeit eine Gelbe Sack Annahme auf dem Wertstoffhof anzubieten ist aus Kapazitäts- und Nachhaltigkeitsgründen nicht empfehlenswert. Es steigert unnötig das Aufkommen des Individualverkehrs an der WSS. Säcke, die bei der Abholung vor der Haustüre aus offensichtlichen Gründen des Fehleinwurfs nicht mitgenommen wurden, werden dann im 2. Versuch ohne Nachsortierung zur WSS gebracht. Die Mitarbeiter der WSS müssen dann unnötige Konfliktgespräche führen, warum der fehbefüllte Sack so nicht angenommen werden kann.</p>	erledigt	
2018/0329	<p>Gemeinsamer Antrag der SPD Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen Antrag „Einrichtung einer ‚Wertstoffampel‘ an der Wertstoffsammelstelle“ Der Magistrat wird gebeten, die Errichtung einer ‚Wertstoffampel‘ an der Siemensstraße zu prüfen. Bei der ‚Wertstoffampel‘ handelt es sich um ein Metallschild mit Schiebern o.Ä., das bereits in einiger Entfernung vor der Wertstoffsammelstelle darüber informiert, welche Wertstoffe aktuell angeliefert werden können. <u>Beratung STVV 21.06.2018:</u> Herr Bär erläutert für die antragstellende Fraktion, es soll ein Schild mit Schieberegler installiert werden, so dass bereits frühzeitig erkennbar ist welche Wertstoffe angeliefert werden können. Herr Wukasch für die FWG Fraktion: es gibt insgesamt 2 Zufahrten, demnach werden mehrere Schilder benötigt. Er ist wöchentlich ein bis zweimal an der Sammelstelle und konnte keinen Stau mehr feststellen. Herr Reibert sieht noch weiteren Beratungsbedarf und der Antrag soll im Umweltausschuss weiter behandelt werden. <u>Beschluss STVV 21.06.2018</u> öffentlich beschließend: Beratungsgemäß beschlossen</p>	70		erledigt	

	<p><u>Beratung Umweltausschuss 06.09.2018:</u> Nach Rückmeldung der Verwaltung bzw. des Fachdienst Abfall ist eine Wertstoffampel nur schwer zu realisieren. Es ist für die Mitarbeiter vor Ort sehr schwer abzusehen, wann ein Container demnächst zu voll sein wird bzw. wie lange noch genügend Platz vorhanden ist. Es gibt insgesamt 10 Fraktionen auf der WSS, man bräuchte also theoretisch 10 Ampellichter oder zumindest 5 Ampellichter für die Hauptfraktionen. Die Mitarbeiter haben im Dienst auch wenig Zeit immer darauf zu achten die Informationen zum Füllstand der Container aktuell in die Ampelanzeige einzuspeisen. Auch für den Bürger in der Schlange ist es nur wenig zufriedenstellend, wenn man das 10. Auto in der Schlange ist und die Ampel ist noch grün. wenn er aber auf der 5. Stelle in der Schlange vorrückt, die Ampel womöglich rot wird. Verärgert ist der Bürger wahrscheinlich trotz Ampelregelung, auch wenn er jetzt theoretisch die Chance hätte früher aus der Schlange raus zu fahren. Oft stellt sich die Situation auch so dar, dass der Bürger mehrere Fraktionen hat und dann sowieso noch warten muss um die anderen Müllarten abzugeben. Insgesamt hat sich die Schlangensituation vor der WSS verbessert und es kommt immer seltener vor, dass die Container nicht ausreichen, meistens können alle Bürger ihre kompletten Abfälle andienen. Der Antrag wird zurückgestellt, aber auf der TO für eine der nächsten Sitzungen belassen Beschluss Umweltausschuss 06.09.2018: ohne</p>	70	<p>Der Antrag kann vorerst geschlossen werden. Die Stadt Nidderau ist im Genehmigungsverfahren für einen neuen Wertstoffhof. Mit der Lage , der Größe und dem logistische Ablauf auf dem neuen Gelände soll erreicht werden, dass die in dem Antrag beschriebenen Problemstellungen mit der alten WSS abgeholfen werden. 14.03.2022 KA</p>	erledigt	
2018/0331-1 (2018/0331)	<p>Antrag der CDU Fraktion betreffend Einsatz der City Streife zur „Müll-Prävention“/ Prüfung von Alternativen entsprechend Beschluss der STVV vom 21.06.2018 <u>Beratung Umweltausschuss 06.09.2018:</u> Die Verwaltung erklärt, dass der Vorschlag besonders für den Fachdienst Abfall begrüßenswert wäre. Das Problem sei, dass diese Maßnahme aber nicht mit der Citystreife umzusetzen ist, da es sich hier um reine Ordnungswidrigkeiten handelt, hier können nur die Hippos der Stadt inflagranti jemanden mit einer OWI belegen. Allerdings ist es sehr schwer innerhalb der Dienstzeiten einen Abfallsünder auf frischer Tat zu ertappen. Es gibt in Nidderau auch nicht den Abfall-Hotspot, wo man mit hoher Wahrscheinlichkeit zu jeder Tages- und Nachtzeit einen „Sünder“ erwischt und somit eine Effektivität erreichen könnte. Die Verwaltung sieht derzeit keinen realistischen Weg um den Antrag in der Praxis umzusetzen. <u>Beschluss Umweltausschuss 06.09.2018:</u> Der Antrag wird zurückgestellt, aber auf der TO für eine der nächsten Sitzungen belassen</p>	30	Wurde beantwortet	erledigt	
2018/0481	<p>Gemeinsamer Antrag der SPD Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen „Überprüfung des Standorts der Bushaltestelle „Ostheim Bahnhof““ Der Magistrat wird beauftragt, den Standort der Bushaltestelle „Ostheim Bahnhof“ zu überprüfen, da der jetzige Standort in der Ringstraße als verkehrstechnisch ungeeignet scheint. Die Verwaltung soll die Errichtung der Haltestelle direkt am Bahnhof zu prüfen, ggf. sollte mit der DB verhandelt werden. Für die Übergangszeit bis zu Errichtung der Haltestelle am Bahnhof, soll eine Verlegung der Haltestelle aus der Ringstraße geprüft werden. Die Verwaltung soll gemeinsam mit der Linienbetreiberin KVG nach Alternativen in Bahnhofsnähe zu suchen, durch die Anwohner weniger belastet werden und eine Durchfahrt der Busse besser möglich ist, als durch die Ringstraße. <u>Beschluss STVV 20.09.2018 öffentlich beschließend:</u> Die Stadtverordnetenversammlung beschließt vorlagegemäß mit folgender Maßgabe: Die von Herrn Frech formulierten Fragen sind als redaktionelle Anmerkungen über die Niederschrift zu beantworten.</p>	70	Dieser Antrag kann geschlossen werden. Die Bushaltestelle Bhf Ostheim wurde für den Schülerverkehr und den Stadtbusverkehr von der Ringstraße in die Eisenbahnstraße verlegt. Anschließend wurde die Bushaltestelle für den Stadtbusverkehr von der Eisenbahnstraße auf das Bahnhofgelände am Bhf Ostheim verlegt. 14.03.2022 KA	erledigt	

<p>2019/0027 2019/0027-1, 2019/0027-1-1</p>	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans für das Mischgebiet B521 Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Nidderau beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans für das an der B521 gelegene Mischgebiet in Nidderau-Eichen. <u>Beschluss STVV 31.01.2019, öffentlich beschließend:</u>/ Die Abstimmung erfolgt nur noch über Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Die Stadt Nidderau soll sich im Rahmen der Baulandoffensive Hessen beraten lassen, wie die Struktur eines potenziellen Baugebietes aussehen kann, mit der Ergänzung, dass in jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über den Prüfungssachstand berichtet wird.</p>	<p>60</p>	<p>Die Machbarkeitsstudie der Baulandoffensive Hessen wurden den Stadtverordneten zur Einsicht und Kenntnis gegeben</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2019/0122 FB 30 hat abschließend Bericht angekündigt ...</p>	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Einrichtung von Kiss & Ride Zonen für die Grundschulen in Nidderau Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Nidderau beschließt die Einrichtung und Erprobung einer „Kiss & Ride-Zone“ für die Grundschulen im Stadtgebiet Beschluss STVV 14.03.2019, öffentlich beschließend: Der Antrag der CDU Fraktion wird zur weiteren Beratung in den Jugend- und Sozialausschuss verwiesen.</p>	<p>30</p>	<p>Final beantwortet</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2019/0122-1</p>	<p><u>Beratung Jugend- und Sozialausschuss, 12.01.2021:</u> Da die Umsetzung einer Kiss & Ride Zone für die Nidderauer Grundschulen nicht losgelöst von der gesamten Verkehrssituation vor der Grundschule und den ausgewiesenen Schulwegeplan gesehen werden kann und auch die unmittelbare Nachbarschaft der Schulen in die Diskussion mit einbezogen werden muss (ggf. Wegfall von Parkraum durch die Zone) besteht im Ausschuss Einigkeit, dass das Thema weiterverfolgt werden soll. Das Thema soll aber in die Beratung eines umfänglichen Schulwegekonzeptes eingebettet werden. Beschluss Jugend- und Sozialausschuss, 12.01.2021: Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung einer Kiss & Ride Zone, im Rahmen des gesamten Schulwegkonzeptes zu prüfen und zu diesem Zweck Kontakt mit den hierfür zuständigen Stellen aufzunehmen. Das Ergebnis soll dem Jugend- und Sozialausschuss im Herbst 2021 vorgelegt werden.</p>	<p>30</p>	<p>Final beantwortet</p>	<p>erledigt</p>	
<p>MI-32/2022 2019/0245</p>	<p>Ärztliche Versorgung (Ursprungs-Vorlage Antrag 2019/0245) Gemeinsamer Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen Ärztliche Versorgung Der Magistrat wird gebeten sich um die Aufnahme in das Förderprogramm des Main-Kinzig-Kreises zur Ärztlichen Versorgung zu bemühen. Beschluss STVV 23.05.2019, öffentlich beschließend: Vorlagegemäß beschlossen.</p>	<p>10</p>	<p>Dazu wurde eine Stellungnahme durch den FB 10 - FD Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing- erstellt. Der Antrag kann aus Sicht der Verwaltung als erledigt erklärt werden. 1.3.2022, Wagner</p>	<p>erledigt</p>	<p>sh. TO 02.06.2022</p>

<p>2019/0417</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen Essbare Stadt Antrag: Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie das Projekt „Essbare Stadt“ in Nidderau umgesetzt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, 1)welche Freiflächen für eine Bepflanzung infrage kämen. 2)ob bei einer sukzessiven Nachbepflanzung des vorhandenen Stadtgrüns kostenneutral auf heimische Obst- und Gemüsesorten kostenneutral umgestellt werden. 3)welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bepflanzung durch ehrenamtliches Bürgerengagement zu ermöglichen. <u>Beratung 26.09.2019:</u> Herr Pfeiffer begründet den Antrag der Fraktionen. Frau Abel beantragt folgende Ergänzung: der Magistrat wird das Ergebnis dem Umweltausschuss vorstellen und das Konzept ist der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. <u>Beschluss STVV 26.09.2019, öffentlich beschließend:</u> Vorschlagsgemäß, mit der o.g. Ergänzung, beschlossen.</p>		<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden. Der FD Umweltschutz hat gemeinsam mit dem Bauhof angefangen als erste Schritte für das Konzept essbare Stadt die Bepflanzungen einige Pflanzkübel im Stadtgebiet auszutauschen. Die teils immergrünen Buschgewächse und jahreszeitlich wechselnden Zierpflanzen wurden ausgetauscht gegen ganzjährig stehende mediterrane Würzkräuter zum schneiden und ernten. Die Kübel wurden entsprechend mit einem Schild gekennzeichnet. Als weiteren Schritt ist angedacht, dass die Kinder Umwelt AG die Pflanzkübel in der Mühlbergstraße am Kinderspielplatz Mühlberg im Laufe des Jahres 2022 neu bepflanzt mit Naschgartensträuchern, Mediternanen Kräutern und eventuell Lauchgewächsen (Bärlauch, Schnittlauch, Knoblauch). Über die Nutzung und Pflege der Kübelbepflanzungen</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2019/0418</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Mobile Geschwindigkeitsüberwachung nachts und an Wochenenden Antrag: Der Magistrat wird gebeten, aus Lärmschutz- und Sicherheitsgründen die Einführung von mobilen Geschwindigkeitsüberwachungen nachts und an Wochenenden in der Nidderauer Gemarkung zu prüfen. Dazu sind Angebote von Anbietern einzuholen bzw. eine Kalkulation bei eigener Durchführung zu erstellen. <u>Beratung 26.09.2019:</u> Herr Bär begründet den Antrag der Fraktionen. Frau Abel kann für die FWG Fraktion dem Antrag zustimmen, wünscht aber folgende Ergänzungen: 2. Das Ergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt (zuvor Beratung im Struktur- und Bauausschuss) 3. Die Verwaltung erarbeitet einen sinnvollen Beschlussvorschlag (wo soll geblitzt werden) und gegebenenfalls einen Finanzierungsvorschlag <u>Beschluss STVV 26.09.2019, öffentlich beschließend:</u> Vorschlagsgemäß, mit den og. Ergänzungen zu Ziffer 2 und 3, beschlossen. Anmerkung 10.2: sh. Anlage Rückmeldung FBL 30 vom 30.09.20</p>	<p>30</p>	<p>Das wurde beantwortet. Für hoheitsrechtliche Aufgaben können keine Fremdanbieter genommen werden.</p>	<p>erledigt</p>	

<p>2019/0420</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Leitlinien für die Schaffung städtischen bezahlbaren bzw. günstigen Wohnraums Antragstext: 1) Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Auftrag an den Magistrat, so schnell wie möglich Maßnahmen zu realisieren, um die Sammelunterkunft in der Liebigstraße aufzulösen. Deshalb begrüßt sie ausdrücklich die Bestrebungen des Magistrats, in den kommenden Monaten bezahlbaren bzw. günstigen Wohnraum zu schaffen. 2) Der Magistrat berücksichtigt bei der Schaffung von günstigem bzw. bezahlbarem Wohnraum folgende Punkte: a)Die Bewohner der Wohngebiete, in denen bezahlbarer bzw. günstiger Wohnraum geschaffen wird, werden frühzeitig in die Planungen einbezogen und zeitnah über Entwicklungen informiert. Sachdienliche Anregungen zur Umsetzung werden seitens der Stadt entgegenommen und nach Möglichkeit berücksichtigt. b.....Zusätzlich zu der sowieso im Baurecht vorgeschriebenen Anpassung neuer Gebäude an die umliegende Bebauung werden die Baupläne dem Struktur- und Bauausschuss zur öffentlichen Beratung und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. c).....Deutlich mehr als die Hälfte der entstehenden Wohneinheiten werden seitens der Stadt an erwerbstätige Geringverdiener zugeteilt. d)Die Zuweisungen von Wohnraum in den städtischen Gebäuden sollen sich an der Einwohner und Haushaltsstruktur des jeweiligen Wohngebietes orientieren, allerdings auch zu einer sozialen Durchmischung beitragen. 3) Um die Anzahl günstiger bzw. bezahlbarer Wohneinheiten in der Zukunft weiter zu erhöhen soll zukünftig ein bestimmter Anteil an bezahlbarem bzw. günstigem Wohnraum (denkbar wären 20 % der zu errichtenden Wohnfläche auf von der Stadt veräußerten Grundstücken) durch die Bauträger in neuen Wohngebieten bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen dieser Thematik zu recherchieren und dem Bau- und Strukturausschuss vorzulegen, damit dieser sich mit der Frage befassen und der Stadtverordnetenversammlung ein Modell zur Beschlussfassung empfehlen kann.</p>	<p>60</p>	<p>Derzeit wird ein Bietverfahren für ein Grundstück am Mühlberg gestartet. Beschluss der StVV steht noch aus. Hier soll geförderter und sozialer Wohnraum entstehen. (AKö)</p>	<p>erledigt durch Anwendungsrichtlinie</p>	
	<p>Beschluss STVV 26.09.2019, öffentlich beschließend: Vorschlagsgemäß beschlossen. Beratung StruBauA 09.03.2020: Im Zuge der Ausschussberatung wird festgestellt, dass der Aktenvermerk von Herrn Schomburg vom 27.02.2020 nicht in die Verteilung gelangte und daher dieser Niederschrift als Anlage beigefügt wird (siehe Anlage 2). In der weiteren Beratung liest Herr Schomburg die wesentlichen Inhalte des Vermerkes vor. Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. An der Erörterung der Thematik beteiligten sich Herr Bürgermeister Schultheiß, Herr Bär, Herr Warlich, Frau Abel und Herr Schomburg. [[2019/0420]]</p>				

<p>2020/0056 (sh. Anlagen)</p>	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Erweiterung der Tempo 30 - Zone auf der Hauptstraße in Erbstadt Die CDU-Fraktion beantragt, die 30er-Zone in Erbstadts Dorfmitte auf der Hauptstraße um 200 Meter auszuweiten, so dass auch die Bushaltestelle darin inkludiert ist. <u>Beschluss STVV 06.02.2020, öffentlich beschließend:</u> Die CDU-Fraktion bittet den Magistrat um Prüfung, ob die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Erbstadts Dorfmitte auf der Hauptstraße um 200 Meter ausgeweitet werden kann, so dass auch die Bushaltestelle darin inkludiert ist. <u>Beratung StruBauA 09.03.2020:</u> Im Zuge der thematischen Erörterung im Ausschuss wird der Aktenvermerk mit der Sachstandsmitteilung von Frau Laubach zur Kenntnis genommen und die Wiedervorlage im Ausschuss, wenn die Stellungnahme von HessenMobil und der Polizei Hanau II vorliegt, beschlossen.</p>	<p>30</p>	<p>In dem Straßenbereich sind keine gesetzlichen Vorgaben um eine Geschwindigkeitsreduzierung anzuordnen. Der Sachverhalt wurde vor Ort mit der Straßenverkehrsbehörde des Main-Kinzig-Kreises besprochen. Eine Verkehrsschau hat auf Grund der aktuellen Corona-Situation nicht stattgefunden. Eine erneute Absprache ist nicht erforderlich, weil der gesetzliche Rahmen unverändert ist.</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2020/0280</p>	<p>Nach Antragsschluss wurden zwei Anträge zum Thema Bereitstellung von Freiflächen vor Gastronomiebetrieben und Cafés eingereicht. Wegen der Dringlichkeit dieses Themas hat der Stadtverordnetenvorsteher Herr Reibert entschieden diese dennoch auf die Tagesordnung zu nehmen und unter einem Tagesordnungspunkt gemeinsam zu beraten. <u>Antrag SPD und Bündnis 90/ Die Grünen:</u> Der Magistrat wird beauftragt, den Nidderauer Gastronomiebetrieben und Cafés kurzfristig die Nutzung zusätzlicher Bewirtungsflächen im jeweiligen Außenbereich zu ermöglichen. Die Bereitstellung erfolgt kostenlos und darf die Belange der öffentlichen Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen. <u>Antrag CDU:</u> Den Gastronomiebetrieben und Cafés in Nidderau werden großzügige und kostenlose Freiflächen für die Bewirtung im Außenbereich zu Verfügung gestellt, um die durch Corona-Vorschriften vorgegebene Bewirtung im Innenbereich zu vergrößern. Diese Maßnahme sollte in enger Abstimmung mit dem Ordnungsamt geschehen. In der STVV 28.05.2020 wurden beide Anträge vorlagegemäß beschlossen.</p>	<p>30</p>	<p>Wurde vom Ordnungsamt nach Beschluß umgesetzt und ist somit abgeschlossen. durch Ende der Pandemie beschlossen. 11.05.22 Bär</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2020/0334</p>	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Sonnenschutz für Familienpark und Spielplätze Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit an Familienpark und Spielplätzen ein Sonnenschutz vorhanden ist. Falls kein ausreichender Sonnenschutz vorhanden ist sind Möglichkeiten und damit verbundene Kosten für die Ausstattung von geeigneten Sonnenschutzmaßnahmen zu erstellen und im Jugend- und Sozialausschuss einzubringen. <u>Beschluss STVV 02.07.2020, öffentlich beschließend:</u> Vorlagegemäß beschlossen.</p>	<p>60</p>	<p>Im Familienpark wurde der Kleinkind-Spielbereich mit 2 Sonnenschirmen nachgerüstet (Br)</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2020/0441</p>	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Korrektur des Haushaltsvollzugsbericht Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat den Haushaltsvollzugsbericht für den Zeitraum vom 1.1. — 30.4.2020 zu korrigieren und erneut vorzulegen. Beschluss STVV 16.09.2020, öffentlich beschließend: Der Haushaltsvollzugsbericht wird wie von der CDU-Fraktion beantragt korrigiert und in der korrigierten Fassung der Niederschrift angefügt. <u>Beschluss STVV 26.11.2020, öffentlich beschließend:</u> Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat den Haushaltsvollzugsbericht für den Zeitraum vom 1.1. — 30.4.2020 zu korrigieren und erneut vorzulegen.</p>	<p>20</p>		<p>erledigt</p>	

2020/0421	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Prüfung der Anschaffung mobiler technischer Geräte zur Reduktion der Aerosolbelastung</p> <p>Der Magistrat wird beauftragt, die Anschaffung mobiler technischer Geräte zur Reduktion der Aerosolbelastung für städtische Einrichtungen, darunter Rathaus, Familienzentren, Kindertagesstätten und Bürgerhäuser, zu prüfen. Dem Struktur- und Bauausschuss wird anschließend berichtet.</p> <p><u>Beschluss STVV 26.11.2020, öffentlich beschließend:</u></p> <p>Der Magistrat wird beauftragt, die Anschaffung mobiler technischer Geräte zur Reduktion der Aerosolbelastung für städtische Einrichtungen, darunter Rathaus, Familienzentren, Kindertagesstätten und Bürgerhäuser, zu prüfen. Dem Struktur- und Bauausschuss wird anschließend berichtet.</p>	60	erledigt durch Anschaffung	erledigt	
2020/0494	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Glasfaserausbau in Nidderau</p> <p>Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit der Breitband Main-Kinzig GmbH, den Glasfaserausbau bei Privathaushalten bis in die Gebäude in Nidderau voranzutreiben (FTTH/FTTB). Beim Main-Kinzig Kreis soll sich der Magistrat für eine vorrangige Berücksichtigung im Rahmen der Gigabitregion Frankfurt-Rhein-Main einsetzen.</p> <p><u>Beschluss STVV 26.11.2020, öffentlich beschließend:</u> Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit der Breitband Main-Kinzig GmbH die bereits bestehende Initiative des Regionalverbands FrankfurtRheinMain - die Gigabitregion FrankfurtRheinMain - zu unterstützen, um den Glasfaserausbau bei Privathaushalten bis in die Gebäude in Nidderau voranzutreiben (FTTH/FTTB). Beim Main-Kinzig-Kreis soll sich der Magistrat für eine vorrangige Berücksichtigung im Rahmen der Gigabitregion Frankfurt-Rhein-Main einsetzen.</p>	40	Der FTTH-Ausbau wurde vorangetrieben, Nidderau erfährt vorrangige Berücksichtigung. Der Antrag kann geschlossen werden. [DW]	erledigt	
2020/0523	<p>Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung einer Zusatzrentenversicherung für die aktiven ehrenamtlichen Feuerwehrleute der Stadt Nidderau</p> <p>Der Magistrat der Stadt Nidderau wird gebeten, nach dem Vorbild der Gemeinde Altstadt ein Konzept für eine sogenannte "Feuerwehrrente" zu erarbeiten. Die Umsetzung soll zeitnah erfolgen. Die "Feuerwehrrente" soll für alle Einsatzkräfte gelten, die im Vorjahr an mindestens zwölf Übungen oder Einsätzen teilgenommen haben und schließt einen monatlichen Zuschuss von bis zu 50 Euro ein, der zweckgebunden für die private Altersversorgung zu verwenden ist. So erhält ein Feuerwehrangehöriger mit zwei- bis zehnjähriger Zugehörigkeit eine Förderung von 30 Euro monatlich, bei mindestens elf Jahren sind es 40 Euro und bei mehr als 21 Jahren 50 Euro. In Nidderau sind für eine mit der Variante der Gemeinde Altstadt vergleichbare Feuerwehrrente nach dem aktuellen Einsatzkräftebestand von ca. 180 Personen der Einsatzabteilungen etwa 50.000 € jährlich zu veranschlagen. Im Haupt- und Finanzausschuss sollen die Details besprochen werden.</p> <p><u>Beratung STVV 26.11.2020:</u></p> <p>Herr Lauer nimmt Stellung für die antragstellende Fraktion. Er ergänzt die finanziellen Auswirkungen auf eine Spanne von 50.000 bis 70.000 €. Herr Pfeifer beantragt die Weiterleitung des Antrags an die Zukunftswerkstatt Feuerwehr, die die Ergebnisse ihrer Beratung dem HFA vorstellt, um die inhaltlichen und finanziellen Auswirkungen zu bewerten.</p> <p><u>Beschluss STVV 26.11.2020, öffentlich beschließend:</u> Der Vorsteher lässt über den Verweisungsantrag abstimmen. Abstimmungsergebnis mit Verweisungsauftrag Ja-Stimmen: (30) SPD (13), Grüne (5), CDU (8), FWG (4) Nein-Stimmen: (0) SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0) Enthaltungen: (0) SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)</p> <p>Damit ist der Verweisung in die Zukunftswerkstatt Feuerwehr und anschließenden Beratung im HFA zugestimmt.</p>	30	Wurde im Rahmen der Zukunftswerkstatt am 30.10.2021 bearbeitet und ist somit abgeschlossen. Die Feuerwehrrente wird nicht eingeführt, aber ein adäquates Belohnungssystem für unsere freiwilligen Helfer.	erledigt	

<p>2020/0548 MI-28/2021 und Ergänzungen</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Schaffung von sicheren Querungsmöglichkeiten für den Rad- und Fußverkehr an Bundes- Kreis- und Landstraßen im Nidderauer Stadtgebiet</p> <p><u>Antrag:</u> Der Magistrat wird gebeten sich bei Hessenmobil, bzw. dem zuständigen Straßenbaulastträger dafür einzusetzen, dass an den im Stadtgebiet vorhandenen Bundes-Landes- und Kreisstraßen sichere Querungsmöglichkeiten geschaffen werden, vor allem in den Bereichen der überregionalen Rad- und Wanderwege.</p> <p><u>Beschluss STVV 26.11.2020, öffentlich beschließend:</u> Der Magistrat wird gebeten sich bei Hessenmobil, bzw. dem zuständigen Straßenbaulastträger dafür einzusetzen, dass an den im Stadtgebiet vorhandenen Bundes-Landes- und Kreisstraßen sichere Querungsmöglichkeiten geschaffen werden, vor allem in den Bereichen der überregionalen Rad- und Wanderwege. Der Antrag soll als Prüfauftrag verstanden werden.</p>	<p>40 + 60</p>	<p>Gremien-Sachstandsmitteilung für den SIK 14.03.2022 wurde erstellt. [DW]</p> <p>2020/0548, MI-28/2021 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Schaffung von sicheren Querungsmöglichkeiten für den Rad- und Fußverkehr an Bundes- Kreis- und Landstraßen im Nidderauer Stadtgebiet</p>	<p>erledigt</p>	
<p>2020/0554</p>	<p>Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Ostheimer Querung an der Hohen Straße</p> <p><u>Antrag:</u> Der Magistrat wird gebeten, mit den zuständigen Fachbereichen ein Konzept für eine Erhöhung der Sicherheit an der Ostheimer Querung der Hohen Straße zu erarbeiten, so dass die dazu notwendigen Mittel in den kommenden Haushalt eingeplant werden können. Als Anregung schlagen wir in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Vereins Hohe Straße e.V., Herrn Michael Göllner, folgende Lösung zur Entschärfung dieser Stelle vor: Die Leitplanke auf der Seite des Radwegs sollte durch Hessen Mobil so verlängert werden, dass Radfahrer von Hammersbach kommend nicht mehr vor der Brücke auf die Straße fahren können. Ergänzend sollte die Zufahrt zum Radweg auf der Brücke verlagert und geteert werden. Zur Erhöhung der Sicherheit bei der Querung der Landstraße, die auf Bruchköbler Gemarkung liegt, könnte eine Querungshilfe in der Straßenmitte installiert werden, die gerade langsameren Personen Schutz böte. Hierzu soll der Magistrat mit der Bruchköbler Bürgermeisterin Sylvia Braun aufnehmen und erfragen, inwieweit mit Hessen Mobil entsprechende Maßnahmen möglich und vorgesehen sind.</p>	<p>40</p>	<p>Gremien-Sachstandsmitteilung für den SIK 14.03.2022 wurde erstellt. [DW]</p>	<p>erledigt</p>	
	<p><u>Beschluss STVV 26.11.2020, öffentlich beschließend:</u> <u>Damit wird der folgende Ursprungsantrag angenommen:</u> Der Magistrat wird gebeten, mit den zuständigen Fachbereichen ein Konzept für eine Erhöhung der Sicherheit an der Ostheimer Querung der Hohen Straße zu erarbeiten, so dass die dazu notwendigen Mittel in den kommenden Haushalt eingeplant werden können. Als Anregung schlagen wir in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Vereins Hohe Straße e.V., Herrn Michael Göllner, folgende Lösung zur Entschärfung dieser Stelle vor: Die Leitplanke auf der Seite des Radwegs sollte durch Hessen Mobil so verlängert werden, dass Radfahrer von Hammersbach kommend nicht mehr vor der Brücke auf die Straße fahren können. Ergänzend sollte die Zufahrt zum Radweg auf der Brücke verlagert und geteert werden. Zur Erhöhung der Sicherheit bei der Querung der Landstraße, die auf Bruchköbler Gemarkung liegt, könnte eine Querungshilfe in der Straßenmitte installiert werden, die gerade langsameren Personen Schutz böte. Hierzu soll der Magistrat mit der Bruchköbler Bürgermeisterin Sylvia Braun aufnehmen und erfragen, inwieweit mit Hessen Mobil entsprechende Maßnahmen möglich und vorgesehen sind.</p>	<p>40</p>		<p>erledigt</p>	

2020/0556	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen bzgl. der Ausschüttung der Mittel für das Stadtjubiläum an von Corona betroffene Vereine <u>Antrag auch Beschlusstext der STVV 26.11.2020:</u> Der Magistrat der Stadt Nidderau wird gebeten, das für die Jubiläumsfeier der Stadt Nidderau vorgesehene Budget in Höhe von 20.000 € bedarfsorientiert an diejenigen Nidderauer Vereine auszuschütten, die besonders unter den Folgen der Coronapandemie zu leiden haben. Die Verwaltung soll bei den örtlichen Vereinen die bisherigen finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie sowie die finanzielle Liquidität abfragen und auf dieser Basis einen bedarfsorientierten Verteilungsschlüssel entwickeln. Dabei sind insbesondere folgende Vereine zu berücksichtigen: - Vereine mit einer ausgeprägten Kinder- und Jugendarbeit. - Vereine die – z.B. aufgrund des Ausfalls zahlreicher Veranstaltungen – finanziell besonders stark von der Coronapandemie betroffen sind. Der vorgeschlagene Verteilungsschlüssel ist dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. <u>Beschluss Haupt- und Finanzausschuss 13.01.2021, öffentlich beschließend:</u> Auftrag für die Verwaltung: Die Vereine werden angeschrieben. Die Vereine teilen die coronabedingten Ausfälle, die nicht durch eine Förderung abgedeckt werden konnten, der Verwaltung mit. Nach Eingang der Rückmeldungen erfolgt eine weitere Beratung im HFA.</p>	10	Die Mittel wurden amtragsgemäß an die Vereine ausgeschüttet. Der Antrag ist damit erledigt. 1.3.2022, Wagner	erledigt	
2020/0560	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Erlassung der Gebühr zur Nutzung von städtischen Bürgerhäusern für Jahreshauptversammlungen von Vereinen aufgrund der Corona-Pandemie <u>Antrag:</u> Der Magistrat wird gebeten, Vereinen, die coronabedingt ihre Jahreshauptversammlungen in städtischen Bürgerhäusern abhalten müssen, die Nutzungsgebühr für diese Veranstaltung zu erlassen bzw. zu erstatten. Ist dies bereits der Fall, so sind die städtischen Vereine über diesen Sachverhalt schnellstmöglich und umfassend zu informieren.</p>	60	Durch Ende der pandemiebedingten Einschränkungen ist der Antrag erledigt.	erledigt	
AT-9/2022 (erl.) 2020/0568	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Aufstellung eines Schildes Deutsche Alleenstraße an der Bundesstraße 45 Ortsteil Heldenbergen Herr Rippen stellt folgenden Änderungsantrag, der den Ursprungsantrag aufnimmt und ergänzt: Der Magistrat wird gebeten, die Aufnahme Nidderaus in geeignete überregionale Ferien-, Freizeit und Kulturstraßen zu betreiben. Beispielhaft zu nennen wären hier die „Deutsche Alleenstraße“, „Deutsche Fachwerkstraße“, die „Deutsche Märchenstraße“, u. a. Dem Struktur- und Bauausschuss soll über das insoweit Erreichte berichtet werden, spätestens im ersten Quartal 2022. Der Vorsteher lässt über den Änderungsantrag abstimmen. <u>Beschluss STVV 10.12.2020, öffentlich beschließend:</u> Der Magistrat wird gebeten, die Aufnahme Nidderaus in geeignete überregionale Ferien-, Freizeit und Kulturstraßen zu betreiben. Beispielhaft zu nennen wären hier die „Deutsche Alleenstraße“, „Deutsche Fachwerkstraße“, die „Deutsche Märchenstraße“, u. a. Dem Struktur- und Bauausschuss soll über das insoweit Erreichte berichtet werden, spätestens im ersten Quartal 2022.</p>	10	Die Hinweisschilder auf die Deutsche Alleenstraße wurden in der Zwischenzeit montiert. Der Antrag kann daher aus Sicht der Verwaltung aus der Wiedervorlage genommen werden. sh. TO SIK 09.05.2022	erledigt	

<p>AT-1/2021</p>	<p>Antrag der FWG: Verwendung der freierwerdenden Mittel für das Stadtjubiläum zum Erwerb von Gutscheinen von Corona betroffenen ortsansässigen Gewerbetreibenden</p> <p>Der Magistrat der Stadt Nidderau wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung ein Konzept zu entwickeln, um die Nidderauer Gewerbetreibenden zu unterstützen, die besonders unter den Folgen der Coronapandemie und insbesondere des noch andauernden Lockdown zu leiden haben. Dabei ist insbesondere der kleine „non- food“- Einzelhandel zu berücksichtigen, der im 2. Lockdown komplett schließen musste.</p> <p>In die Überlegung sind nicht abschließend einzubeziehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erwerb von Gutscheinen im Einzelhandel und Verwendung im Zuge einer (online)-Verlosung - Prüfung von Bedarf der städtischen Einrichtungen (z.B. Verwaltung, städt. Kitas, etc.) und Verpflichtung, diesen Bedarf beim lokalen Einzelhandel zu decken. <p><i>Text aus NS STVV 21.04.2021</i></p> <p>Die FWG Fraktion legt einen Änderungsantrag mit Datum vom 21.04.2021 vor. Dieser Änderungsantrag soll den Antrag der FWG Fraktion vom 16.02.2021 ändern. Bürgermeister Gerhard Schultheiß berichtet aus der Beratung des Magistrats. Eine weitere Beratung erfolgt am 03.05.2021. Nach der Beratung im Magistrat soll der HFA die weitere Beratung übernehmen. Frau Woltz hat hierzu bereits Ideen und Vorschläge erarbeitet, die sie in der HFA Sitzung vortragen wird. Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.</p> <p>Diskussion HFA 05.05.2021: Herr Jakobi schlägt vor, die bereits veranlassten Schritte von Frau Woltz (Wirtschaftsförderung) vorstellen zu lassen. Herr Michael Bär fasst für den Ausschuss zusammen, dass sich alle Mitglieder einig sind, den Gewerbetreibenden zu helfen. Der Antragstext (erster Satz) wird wie folgt geändert: Der Magistrat der Stadt Nidderau wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung ein Konzept zu entwickeln, mit dem wir die Folgen der Corona Pandemie mildern. Der geänderte Antragstext wird einstimmig angenommen. Der Antrag wird mit dem geänderten Antragstext und dem dazu erarbeiteten Konzept in der nächsten HFA Sitzung vorgestellt.</p> <p><i>- Aufbau einer online- Plattform für das lokale Gewerbe. Eventuell kann hier eine</i></p>	<p>10</p>	<p>Das Konzept wurde wie beschrieben umgesetzt. Die Ansprache der Unternehmen erfolgte über verschiedene Wege (postalisches Anschreiben an alle angemeldeten Gewerbe, Pressemitteilung, Verteiler Gewerbeverein, per E-Mail an „passende“ Gewerbe wie Restaurants, körpernahe Dienstleister, Einzelhändler und telefonisch)</p> <p>Die Webinare „Digitale Sichtbarkeit“ und „Social Media Marketing“ haben in Kooperation mit dem Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum Handel im Sommer 2021 stattgefunden. Beide Webinare waren für die Allgemeinheit geöffnet, die Mehrheit der Teilnehmer stammte aus Nidderau. Das Feedback der Teilnehmer am Ende beider Veranstaltungen war sehr positiv. Die Teilnehmer fanden den Stoff interessant und gut aufbereitet.</p> <p>Das geplante Gutscheineheft (mit 25 Teilnehmern) wurde pünktlich zum Start der IHK-Heimatshoppen-Aktion am 10.09.2021 fertiggestellt und war zunächst nur über die Tourist Information erhältlich. Diese Einschränkung trug dem Wunsch einzelner Gutscheinanbieter Rechnung, die Ausgabe zu überwachen, damit möglichst niemand mehrere Hefte erhält. Zum Start der Aktion, auch schon vor dem Erscheinungstermin, gab es in der Tourist Information eine starke Nachfrage. Bis Jahresende ließ die Nachfrage immer mehr nach, sodass in Rücksprache mit den Teilnehmern zusätzliche Ausgabestellen in den Ladengeschäften der Teilnehmer</p>	<p>erledigt</p>	
<p>AT-1/2021 1. Ergänzung</p>	<p>Änderungsantrag: Maßnahmen zur Unterstützung von Corona betroffenen ortsansässigen Gewerbetreibenden</p> <p>Beschluss STVV 27.05.2021/ HFA 16.06.2021:</p> <p>Der Magistrat der Stadt Nidderau wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung ein Konzept zu entwickeln, um die Nidderauer Gewerbetreibenden zu unterstützen, die besonders unter den Folgen der Coronapandemie und insbesondere des noch andauernden Lockdown zu leiden haben. Dabei ist insbesondere der kleine „non- food“- Einzelhandel zu berücksichtigen, der im 2. Lockdown komplett schließen musste. In die Überlegung sind nicht abschließend einzubeziehen: - Erwerb von Gutscheinen im Einzelhandel und Verwendung im Zuge einer (online)-Verlosung - Prüfung von Bedarf der städtischen Einrichtungen (z.B. Verwaltung, städt. Kitas, etc.) und Verpflichtung, diesen Bedarf beim lokalen Einzelhandel zu decken. - Aufbau einer online- Plattform für das lokale Gewerbe. Eventuell kann hier eine interkommunale Zusammenarbeit mit Bruchköbel oder Karben und Bad Vilbel angestrebt werden, die auch solche Plattformen entwickeln. - Prüfung weiterer Möglichkeiten Im Zuge des Stadtmarketings, den Einzelhandel für die Dauer des Lockdowns aber auch im Falle einer Wiedereröffnung zu unterstützen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, zielgerichtet an den neuen hessischen Förderprogrammen zur Stützung des Einzelhandels und der Innenstadtentwicklung teilzunehmen. Über die fortschreitende Entwicklung des Konzeptes und der Teilnahme des Förderprogramms ist der Stadtverordnetenversammlung und dem Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.</p>	<p>10. Jul</p>	<p>Die Webinare „Digitale Sichtbarkeit“ und „Social Media Marketing“ haben in Kooperation mit dem Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum Handel im Sommer 2021 stattgefunden. Beide Webinare waren für die Allgemeinheit geöffnet, die Mehrheit der Teilnehmer stammte aus Nidderau. Das Feedback der Teilnehmer am Ende beider Veranstaltungen war sehr positiv. Die Teilnehmer fanden den Stoff interessant und gut aufbereitet.</p> <p>Das geplante Gutscheineheft (mit 25 Teilnehmern) wurde pünktlich zum Start der IHK-Heimatshoppen-Aktion am 10.09.2021 fertiggestellt und war zunächst nur über die Tourist Information erhältlich. Diese Einschränkung trug dem Wunsch einzelner Gutscheinanbieter Rechnung, die Ausgabe zu überwachen, damit möglichst niemand mehrere Hefte erhält. Zum Start der Aktion, auch schon vor dem Erscheinungstermin, gab es in der Tourist Information eine starke Nachfrage. Bis Jahresende ließ die Nachfrage immer mehr nach, sodass in Rücksprache mit den Teilnehmern zusätzliche Ausgabestellen in</p>	<p>erledigt</p>	

<p>AT-3/2021 Rückm. Mammobil ab 18.03.2022 an WSH wurde der Vorlage angefügt 20.01.22!</p>	<p>Antrag der SPD/Bündnis90 Die Grünen: Standort für Mammographie-Bus sichern <u>Antrags- und Beschlusstext STVV 27.05.2021:</u> Der Magistrat wird gebeten, mit dem Zentrum für Radiologie und Nuklearmedizin Friedberg (Hess) Verhandlungen zur Sicherung eines Standortes für den Mammographie-Bus aufzunehmen. Hierbei sind insbesondere der Stadtplatz, die Willi-Salzmann-Halle und andere städtische Grundstücke in die Prüfung eines Standortes einzubeziehen, auf denen der Mammographie-Bus für 4 bis 6 Wochen im zweijährlichen Turnus aufgestellt und Frühuntersuchungen zu Brustkrebserkrankungen durchgeführt werden können. Über das Ergebnis der Gespräche ist der Ausschuss für Sport, Kultur und Gesundheit zu informieren.</p>			erledigt	
<p>AT-3/2021 1. Erg.</p>	<p>Antrag der SPD/Bündnis90 Die Grünen: Standort für Mammographie-Bus sichern; Hier: Rückmeldung der Verwaltung vom 01.09.2021 <u>Beschluss SpoKuGes 16.09.2021:</u> Der Ausschuss befürwortet die Umsetzung des Antrags und unterstützt die Weiterverfolgung durch die Stadtverwaltung.</p>		<p>Der Mammographiebus steht hinter der Willi Salzmann Halle. Alle weiteren Standorte in allen Stadtteilen wurden geprüft. Die Wahl des Standorts erfolgte über den Betreiber des Busses (Akö).</p>	erledigt	
<p>AT-6/2021</p>	<p>Antrag der FWG zum Einsatz einer erweiterten Mikrofonanlage in der Stadtverordnetenversammlung <u>Antrags-/ Beschlusstext STVV 27.05.2021:</u> 1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Gutachten über mögliche Fehler und/oder Falschbedienung der jetzigen Mikrofonanlage in der Stadtverordnetenversammlung durch ein Ing.-Büro für Akustik und Event-Technik erstellen zu lassen. 2. Das Gutachten soll unmittelbar an die Stadtverordneten/innen weitergeleitet werden. 3. Sofern der Zustand der vorhandenen Anlage es zulässt (Wirtschaftlichkeit), wird der Magistrat außerdem beauftragt, Angebote einzuholen, die Mikrofonanlage um 40-45 Mikrofone zu erweitern, damit diese mindestens für Stadtverordnetenvorsteher, Bürgermeister, 1. Stadtrat, Rednerpult, alle Stadtverordneten sowie 2 – 3 Saalmikrofone für Bürger zur Verfügung stehen. 4. Alternativ soll der Magistrat prüfen, ob der Einsatz eines privaten Unternehmens für eine gemietete Mikrofonanlage kostengünstiger wäre. Hier ist ggf. der Beschluss zum Streaming einzubeziehen. 5. Der Magistrat wird aufgefordert, die Unterlagen innerhalb von 3 Monaten dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und anschließend der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.</p>	60/ GBM	<p>Durch Rückkehr in die üblichen Räume ist das Thema nicht mehr so relevant, zudem werden laut GBM einige neue Mikrofone angeschafft.</p>	erledigt	

<p>AT-9/2021 mit 2 Ergänzungen ist nun in der WV 10.2/ 20 als Dauer-Top (Quartalsbericht) sh. MI-70/2021</p>	<p>Antrag der FWG-Fraktion zum Controlling des Zeitplans für geplante Investitionen und Einhaltung des Haushaltsplans hier: Quartalsbericht 3. Quartal 2021 Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Masterplan“ für die im jeweils folgenden Jahr anfallenden Maßnahmen (Investitionsmaßnahmen, durch Beschluss hinzugekommene, Sanierungsmaßnahmen - konsumtiv) aufzustellen. Der Masterplan soll die erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen, den voraussichtlichen Beginn der Maßnahme, die Kosten, den Zweck und das Ende der Maßnahme aufzeigen. Ändert sich im Laufe des Jahres die vorab avisierte Planung bzw. Zeitplanung oder deren Kosten, soll der Plan aktualisiert werden, und den o.a. Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben werden. Beschluss STVV 08.07.2021: Die Verwaltung wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung vierteljährlich fortlaufende, schriftliche Berichte über Investitionsmaßnahmen ab 250.000 € in Form eines Projektdatenblattes vorzulegen. In der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist dafür ein Muster für die Berichterstattung vorzulegen. Als Beispiel dient die der Niederschrift des HFA beigefügte Anlage.</p>	20		erledigt	
<p>AT-14/2021</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Kreiselbepflanzung <u>Antrag/ Beschlusstext der STVV 08.07.2021:</u> Der Magistrat wird beauftragt, vergl. des Beschlusses von 2017 zur Ausbringung extensiver Blümmischungen, die Innenbereiche der städtischen Verkehrskreisel mit blühenden, mehrjährigen, insektenfreundlichen Stauden (siehe Karbener oder Maintaler Modell) zubepflanzen. Hierbei ist besonderer Wert auf ein optisch ansprechendes Ensemble zu legen.</p>	60/70	Dieser Vorgang kann geschlossen werden, der Rathauskreisel ist vorbildlich neu gestaltet, weitere Kreisel werden je nach finanziellen und personellen Valenzen in ähnlicher Form nach und nach umgestaltet. 14.03.2022 KA	erledigt	
<p>AT-15/2021</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Aufstellung eines 2. Basketballkorbs sowie Beleuchtung am Greenhouse <u>Antrag/ Beschlusstext der STVV 08.07.2021:</u> Der Magistrat wird gebeten, auf dem Basketballfeld hinter dem Greenhouse einen 2. Basketballkorb und eine Beleuchtung zu installieren. Über das Ergebnis der Maßnahme ist der Ausschuss für Jugend und Soziales sowie der Ortsbeirat Erbstadt zu informieren.</p>	60	Aufgrund der geringen Größe des Platzes kann ein 2. Basketballkorb nicht aufgestellt werden. 10.03.2022 W. Christiansen	erledigt	bereits erledigt mit Gremienmitteilung? 11.05.22 Bär
<p>AT-19/2021 2016/0580</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Erweiterung des Antrages Photovoltaikanlagen auf/ an städtischen Gebäuden/ Freiflächen Vorlagen Nr. 2016/0580 <u>Antrag/ Beschlusstext STVV 30.09.2021:</u> In Erweiterung des Antrages „Photovoltaikanlagen auf/an städtischen Gebäuden/Freiflächen - Vorlagen-Nr. 2016/0580“ wird der Magistrat gebeten, weitere Standorte für die Installation von Photovoltaikanlagen zu prüfen. Synergien wie Beschattung, Lärm – und Sichtschutz sollen möglichst genutzt werden. <u>SIK 01.11.2021:</u> Der Tagesordnungspunkt 5 wird aufgrund des weiteren Beratungsbedarfes in den Fraktionen abgesetzt und in der nächsten Sitzung beraten.</p>	40 + 60	Es ist angedacht in zukünftigen Verwaltungsprozess einzubauen, dass der FD Klimaschutz soweit möglich alle Gremienvorlagen auf Klimaschutzrelevanz prüft, hierunter fällt u.a. auch der Prüfungsschritt, ob die Installation einer PV Lösung möglich ist. Der Antrag kann geschlossen werden. 14.03.2022 KA	erledigt	

AT-20/2021+ (AT-20/2021 1: Ergänzung/ Mitteilungsvor- lage)	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend der Prüfung einer Starkregen-Risikoanalyse für Nidderau <u>Antrag/ Beschlusstext STVV 30.09.2021:</u> Der Magistrat wird gebeten eine Starkregen-Risikoanalyse für Nidderau durchzuführen, entsprechende Fließpfadkarten zu beantragen und das Starkregen- und Hochwasserrisikomanagement zu überprüfen. Beschluss SIK.14.03.2022: Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag wird an dieser Stelle für erledigt erklärt.	40	Förderung wurde 9/2021 beantragt, Förderbescheid steht aus. [DW]	erledigt	
AT-23/2021	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Aufstellen von Mitfahrbänken zur Ergänzung des kommunalen Nahverkehrsangebots in Nidderau <u>Antrag/ Beschlusstext STVV 30.09.2021:</u> Mitfahrbänke gibt es in vielen Gemeinden – auch in der Umgebung von Nidderau (z.B. Schöneck und Florstadt), um die Mitbürgerinnen und Mitbürger eine zum ÖPNV zusätzliche Möglichkeit zu geben, sich zwischen den Ortsteilen oder auch innerhalb eines Ortsteils in Nidderau zu bewegen. Wichtig ist dabei, dass das zusätzliche Angebot an Mitfahrbänken nicht in Konkurrenz zu dem bestehenden ÖPNV tritt, sondern diesen – wo es sinnvoll ist – ergänzt. Dies bedeutet bspw., dass keine Mitfahrbänke an den Ortsausgängen aufgestellt werden sollten. Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, a) Ob Mitfahrbänke als Ergänzung des kommunalen Nahverkehrsangebots in Nidderau sinnvoll erscheinen, b) An welchen Standorten solche Bänke aufgestellt werden sollten, um eine gute Vernetzung zu erreichen, c) Mit welchen Kosten für die Anschaffung als auch den Unterhalt der Bänke zu rechnen ist, d) Ob von der Ordnungsbehörde Stadt Nidderau oder der für Nidderau zuständigen Polizeibehörde ein Sicherheitsrisiko für die Teilnehmenden gesehen wird, e) Ob es eventuell Förderprogramme gibt, um die Anschaffung der Mitfahrbänke zu unterstützen und f) Ob die bisherigen Erfahrungen in den Nachbargemeinden positiv ausgefallen sind. Das Ergebnis soll dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Klimaschutz und dem Arbeitskreis Nahmobilität vorgestellt werden.	70	Der AK Nahmobilität hat sich zu Beginn des Jahres 2022 konstituiert. Dieses Thema wird in diesem Fachgremium in einer der nächsten Sitzungen beraten und das Beratungsergebnis an den Fachausschuss weiter gegeben. 14.03.2022 KA	erledigt	
AT-25/2021	Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen, sowie Herr Marohn (FDP) betreffend Unterstützung von Schwimmkursen für Nidderauer Kinder und Jugendliche <u>Antrag/ Beschlusstext STVV 30.09.2021 und SpoKuGes 04.11.2021:</u> Der Magistrat wird gebeten, zusätzliche Schwimmkurse für Nidderauer Kinder und Jugendliche im Nidderbad zu schaffen. Neben der Erhöhung des Angebots ist es das erklärte Ziel, diese Kurse den Nidderauer Kindern und Jugendlichen kostenlos (max. 100€ Förderung) anzubieten. Das Konzept soll von der Verwaltung bis zum nächsten Ausschuss für Sport, Kultur und Gesundheit (4. November 2021) ausgearbeitet und dort abschließend beraten werden. Im Besonderen soll das Konzept auf die folgenden Fragen eingehen: - Wie wirken sich diese zusätzlichen Kurse auf das sonstige Angebot des Schwimmbads aus? - Wie könnten die genauen Förderrichtlinien aussehen? - Welche Anbieter für Schwimmkurse kommen in Frage? Sollte die Durchführung weiterer Kurse bereits früher möglich sein, so wird der Magistrat gebeten, dies in die Wege zu leiten. Die von diesem Antrag betroffenen Kurse sollen bis zum 31. Dezember 2022 begonnen haben. Zur Deckung der mit diesem Antrag verbundenen Kosten soll auf die durch die coronabedingte Schwimmbadschließung eingesparten Mittel zurückgegriffen werden	60	Erledigt mit STVV-Beschluss vom 10.02.2022. Alle Anfängerschwimmkurse von Nidderauer Kindern von 5-12 Jahren werden mit 100,00 € pro Kind erstattet. Die Kurse müssen ab dem 30.02.2021 begonnen und bis zum 21.12.2022 erfolgreich abgeschlossen sein.	erledigt	

AT-30/2021	<p>Antrag der CDU-Fraktion betreffend Generationengerechte und gesetzeskonforme Waldbewirtschaftung <u>Antrag/ Beschlusstext STVV 30.09.2021:</u> Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Nidderauer Waldbewirtschaftung die vier Ziele aus dem Hessischen Waldgesetz (§ 1 Abs. 2 HWaldG) beachtet und einhält. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer haben ihren Wald zugleich zum Wohle der Allgemeinheit nach forstlichen und landespflegerischen Grundsätzen ordnungsgemäß, nachhaltig, planmäßig und fachkundig zu bewirtschaften und dadurch Nutz-, Schutz-, Klimaschutz- und Erholungswirkungen zu erhalten (§ 3 HWaldG - Grundpflichten). Dabei soll die biologische Vielfalt erhalten bzw. hergestellt werden. Es sind auch wieder Eichenschonungen anzulegen, da dieser Baum auch in trockenen Jahren gut gedeiht. Im Nidderauer Wald werden keine neuen (weiteren) Prozessschutzflächen angelegt. Die Beförderung wird mit den bewährten und fachkundigen Unternehmen fortgesetzt.</p>	<p>70</p>	<p>Dieser Antrag kann geschlossen werden. Die Beförderung ist neu vergeben. Sowohl der beauftragte Förster als auch die zuständige Dezernats-, Fachbereichs- und Fachdienstleitung bewirtschaften den Wald nach dem gültigen Waldgesetz zum Wohle des Waldes und der Allgemeinheit. 14.03 2022 KA Eine Naturland - Zertifizierung wird angestrebt</p>	<p>erledigt</p>	
AT-32/2021	<p>Antrag der FWG-Fraktion betreffend Prüfung des Einsatzes von Wassersprudlern in allen städt. Kindertagesstätten Der Magistrat wird beauftragt, den Einsatz von Wassersprudlern in allen städtischen Kindertagesstätten als Ersatz zum Erwerb von Wasserkisten zu prüfen. Das Ergebnis ist dem Ausschuss für Umwelt, Jugend und Soziales in der nächsten Sitzung vorzulegen. Beschluss STVV 27.11.2021 Der Magistrat wird beauftragt, den Einsatz von Wassersprudlern in allen städtischen Kindertagesstätten als Ersatz zum Erwerb von Wasserkisten zu prüfen. Das Ergebnis ist dem Ausschuss für Umwelt, Jugend und Soziales in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.</p>	<p>50</p>		<p>erledigt</p>	
AT-33/2021	<p>Antrag der FWG-Fraktion betreffend Prüfung eines zentralen Einkaufs von Lebensmitteln für alle städt. Kindertagesstätten Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeit eines zentralen Einkaufs von Lebensmitteln zur Verteilung und zur Herstellung der Mahlzeiten für allen städtischen Kindertagesstätten zu prüfen. Dabei soll insbesondere auch die Möglichkeit der Nutzung regionaler Nahversorger und Direktvermarkter geprüft werden. Das Ergebnis ist dem Ausschuss für Umwelt, Jugend und Soziales und dem Haupt- und Finanzausschuss in der nächsten Sitzung vorzulegen. Beschluss UJS 02.11.2021/ Redaktionell am 22.11.2021 geändert: Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, in wie weit noch verstärkt die Möglichkeit besteht regional Nahversorger und Direktvermarkter in den Lebensmitteleinkauf der städtischen Kitas einzubeziehen. Im nächsten UJS soll berichtet werden wie das aktuelle einkaufsverhalten der städtischen Kitas ist. Das Ergebnis ist dem Ausschuss für Umwelt, Jugend und Soziales und dem Haupt- und Finanzausschuss in der nächsten Sitzung vorzulegen.</p>	<p>50</p>		<p>erledigt</p>	
AT-34/2021	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Teilnahme am "Wattbewerb" <u>Antrag/ Beschlusstext STVV 25.11.2021 (dem Ursprungsantrag wurde zugestimmt):</u> Die Stadt Nidderau nimmt am "Wattbewerb" teil, um so den Ausbau der Photovoltaik unter Einbeziehung der gesamten Stadtgesellschaft zu beschleunigen.</p>	<p>70</p>	<p>Dieser Antrag wird von der Verwaltung als abgeschlossen betrachtet. Die Stadt hat sich im Januar 2022 im Wattbewerb angemeldet. [CP]</p>	<p>erledigt</p>	

AT-37/2021	<p>Antrag der CDU Fraktion betreffend Einrichtung von ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkungen</p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass in der Wonnecker Straße in Ostheim und in der Ostheimer Straße in Windecken, zwischen Kurve und Viadukt, eine ganztägige Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h eingeführt und diese Beschränkung auch überwacht wird.</p> <p><u>Beschlusstext STVV 27.11.2021:</u></p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Bürgermeister sich bei den übergeordneten Behörden dafür einzusetzen, dass in der Wonnecker Straße in Ostheim und in der Ostheimer Straße in Windecken, zwischen Kurve und Viadukt, eine ganztägige Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h eingeführt und diese Beschränkung auch überwacht wird. Desweiteren sollen auch alternative Lösungen wie beispielsweise alternierende Parkflächenmarkierungen zur Abbremsung des Verkehrsflusses Berücksichtigung finden.</p>	<p>30</p>	<p>Beantwortet mit Gremienmitteilung vom 13.12.2021 somit abgeschlossen.</p>	<p>erledigt</p>	
AT-39/2021	<p>Antrag der CDU Fraktion betreffend Einreichung einer fraktionsübergreifenden Resolution an den MKK/Schuldezernat zur Verbesserung der sicheren Schülerbeförderung von Nidderau Erbstadt zur Albert-Schweitzer-Schule nach Heldenbergen</p> <p><u>Beschluss 25.11.2021:</u></p> <p>Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, in eine der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Jugend und Soziales einen Vertreter der Kreisverkehrsgesellschaft (KVG) einzuladen. Die Kreisverkehrsgesellschaft betreibt zusammen mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) die Schulbuslinien im Main-Kinzig-Kreis unter der Verantwortung des Verkehrsdezernenten und Kreisbeigeordneten Winfried Ottmann (CDU). In dieser Ausschusssitzung soll seitens der KVG die aktuelle Nidderauer Schulbussituation vorgestellt werden. Insbesondere soll der Blick auf die Schulbusbeförderung von Grundschülerinnen und Grundschüler innerhalb Nidderaus gerichtet werden. Die KVG soll die aktuellen Zahlen der innerhalb Nidderaus den Bus nutzenden Grundschülerinnen und Grundschüler sowie die Größe der vor Ort eingesetzten Busse darlegen. Ebenso soll sie erläutern, welche Anforderungen an eine sichere Beförderung der Schülerinnen und Schüler gestellt und welche Maßnahmen ergriffen werden, diese bei der Fahrt mit dem Bus zur Schule zu gewährleisten.</p> <p>Beratungsergebnis:/ Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: einstimmig Damit wird dem Änderungsantrag, der weitergehend ist, zugestimmt.</p>	<p>70</p>	<p>Der Runde Tisch Schülerbeförderung hat am 8.3.2022 stattgefunden und alle Verantwortlichen auf Seiten des RMV, KVG und MKK haben ein Abstellen der Missstände zugesichert.</p>	<p>erledigt</p>	
AT-42/2021	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Erstellung von Radwegen von Bönstadt über Erbstadt nach Kaichen</p> <p><u>Antrag/ Beschlusstext STVV 25.11.2021:</u></p> <p>Der Magistrat wird gebeten, Gespräche mit dem Wetteraukreis und der Stadt Niddatal zu führen, um den Radweg von Erbstadt an der K 852 nach Kaichen und nach Bönstadt zu verlängern.</p>	<p>II</p>	<p>wir dim Zuge des Radwegekonzeptes MKK und S</p>	<p>erledigt</p>	

<p>AT-43/2021</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Anpassung der Gebührenordnung des Nidderbads <u>Antrag:</u> Der Magistrat wird gebeten, die Satzung über die Gebührenordnung für die Nutzung des Nidderbades anzupassen. Zusätzlich zu der am 30.09.2021 beschlossenen und zeitlich befristeten Förderung für Anfänger-Schwimmkurse sind folgende Förderungen ab dem 1.1.2022 langfristig in der Gebührenordnung zu verankern: Die Bahnnutzungsgebühren für das Nidderbad entfallen für a) Anfänger-Schwimmkurse für Jung und Alt b) Kurse für Menschen mit Behinderung c) die Rettungsschwimmausbildung, die die Voraussetzung für den ehrenamtlichen Einsatz im Rettungswachdienst und im Katastrophenschutz bildet. Die Änderung der Gebührensatzung soll im nächsten Haupt- und Finanzausschuss beraten und dann in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Beschluss STVV 25.11.2021: Der Magistrat wird gebeten, die Satzung über die Gebührenordnung für die Nutzung des Nidderbades anzupassen. Zusätzlich zu der am 30.09.2021 beschlossenen und zeitlich befristeten Förderung für Anfänger-Schwimmkurse sind folgende Förderungen ab dem 1.1.2022 langfristig in der Gebührenordnung zu verankern: Die Bahnnutzungsgebühren für das Nidderbad entfallen für a) Anfänger-Schwimmkurse für Jung und Alt b) Kurse für Menschen mit Behinderung c) die Rettungsschwimmausbildung, die die Voraussetzung für den ehrenamtlichen Einsatz im Rettungswachdienst und im Katastrophenschutz bildet. Zudem sollen weitere Vergünstigungen für die Schwimmvereine, z. B. der kostenfreie Eintritt für das Vereinsschwimmen geprüft und dem Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden. Die Änderung der Gebührensatzung soll im nächsten Haupt- und Finanzausschuss beraten und dann in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.</p>	<p>60</p>	<p>Erledigt. Die Gebührensatzung wurde geändert und ist am 03.03.2022 in Kraft getreten, rückwirkend zum 01.01.2022 En.</p>	<p>erledigt</p>	
<p>AT-3/2022</p>	<p>Interfraktioneller Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FWG und Herr Marohn (FDP) betreffend "Erklärung: WIR zeigen Gesicht für Offenheit, Respekt und Solidarität"</p>	<p>10</p>	<p>Es wurde eine der Erklärung entsprechende Pressemeldung veröffentlicht. Aus Sicht der Verwaltung kann der Antrag als erledigt erklärt werden. 1.3.2022, Wagner</p>	<p>erledigt</p>	

AT-4/2022	<p>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betreffend Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“</p> <p>Der Magistrat wird gebeten, der kommunalen Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" beizutreten. Damit soll der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden, den Kommunen die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen, Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen zu können, wo sie es für notwendig halten. Gleichzeitig bekräftigt die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluss vom 28. Juni 2017, aus Gründen des Lärmschutzes und der Verkehrssicherheit im Nidderauer Stadtgebiet flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Folgenden Wortlaut umfasst die Erklärung der Initiative:</p> <p>„Die für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der unterzeichnenden Städte erklären daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen. 2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume. 3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten. 4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können. 	30	<p>Der Beitritt ist erfolgt. Magistratsmitteilung für STVV 07.04.2022</p>	erledigt	STVV 07.04.22 Kenntnisnahme.
AT-7/2022	<p>Antrag der FWG-Fraktion betreffend Baulandmodell</p> <p><u>Beschluss STVV 10.02.2022:</u> Der Antrag „Die Verwaltung wird beauftragt ein Baulandmodell (analog Dresden, München u.a.) zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.“ wird in den SIK-Ausschuss zur weiteren Beratung verwiesen. Die endgültige Beschlussfassung soll in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.</p>	60	<p>Beratung am 25.04.2022 im SIK</p> <p>sh. TO STVV 02.06.2022</p>		
Ganz neu ab STVV 07.04.2022					
AT-12/2022	<p>Antrag der CDU-Fraktion für zusätzliche Mikrofone in den Ausschüssen</p> <p><u>Beschluss STVV 07.04.2022:</u></p> <p>Die CDU Fraktion bittet den Magistrat zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, weitere Mikrofone in den Ausschüssen für die Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stellen.</p>		<p>Erledigt durch Umzug in kleinere Räume ab Mai 2022</p>	erledigt	